

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelgenpreis die 6 gepfalt. Coloneilgelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatangelegen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Menden-Solingen.

Eines der traurigsten Kapitel in der modernen Arbeiterbewegung ist der geradezu fanatische Haß, mit dem die Partei- und Gewerkschaftssozialisten die christlichen Arbeiter und ihre Gewerkschaften bekämpfen. Diese sogenannten Arbeitervertreter scheuen nicht davor zurück, den Unternehmern Handlangerdienste zu leisten, um kämpfende christliche Arbeiter um den Erfolg des Kampfes zu pressen. Ein sprechendes Beispiel in dieser Beziehung ist die Haltung der Sozialdemokraten während des Kampfes mit nachfolgender Generalausperrung in der Mendenener Metallindustrie.

Das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hat in dem halbjährigen Kampfe nicht nur keine einzige Sperrnotiz gebracht, sondern hehle fortwährend gegen die Organisation der kämpfenden christlichen Arbeiter. In seiner Nr. 48/1912 schrieb das Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mit Bezug auf den Mendenen Kampf:

„Aber der Kampf wäre für die Mendenen Arbeiter nicht umsonst geführt, wenn er ihnen ... bewiese, daß der christliche Metallarbeiterverband zur wirklichen Vertretung der Arbeiterinteressen unfähig ist.“

Das heißt zu gut deutsch, wir (Sozialdemokraten) wünschen Euch kämpfenden Metallarbeitern von Menden eine Niederlage, weil ihr christlich organisiert seid. Wer zu lesen versteht, wird aber auch ohne große Mühe herausfinden, daß in diesem Satz eine indirekte Anpreisung des sozialdemokratischen Verbandes liegt, der in echt marktschreierischer Manier immer so tut, als könne er Dämme aus der Erde reißen.

In Wirklichkeit hat er aber alle Ursache, recht hübsch still zu sein. Das beweist trefflich wieder einmal der zusammengebrochene Streik bei der Firma Rautenbach in Solingen. Verlauf und Begleiterscheinungen dieses vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband inszenierten, nach 18wöchentlicher Dauer zusammengebrochenen Streiks sind so eigenartig, daß sich ein Vergleich mit Menden geradezu aufdrängt. Unsere Kollegen mögen folgende Tatsachen recht gut im Gedächtnis halten, und sie den Genossen bei jeder sich bietenden Gelegenheit kräftig unter die Nase reiben.

„Seit dem 4. Februar streiken die Arbeiter in der Gießerei der Firma Rautenbach in Wals bei Solingen“, so ist am 10. Mai in der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung zu lesen. Eine Sperrnotiz brachte das Blatt erst am 15. März 1913, also fünf Wochen nach Ausbruch des Streiks, darin war aber nicht von einem Streik die Rede, sondern nur ganz schämig von Differenzen. In unserm Organ wurde schon zwei Wochen früher vor Bezug nach dieser Firma gewarnt und zwar wegen Streik, obwohl bei diesem Streik der rote Verband fast allein in Betracht kam. Die „Metallarbeiterzeitung“ brachte erst am 24. Mai eine Sperrnotiz, worin von einem Streik die Rede ist. Warum wohl? Der Stahlwarenarbeiter, das Organ des sozialdemokratischen Industriearbeiterverbandes gibt in seiner Nr. 24/1913 in einem Artikel, betitelt: „Was er kann“ eine Antwort darauf, in der es unter anderem folgendermaßen heißt:

„Der Metallarbeiterverband hat den Streik der Formier bei der Firma Rautenbach, Mangelberg bedingungslos aufgehoben. „Der Streik bei der Firma Rautenbach geht weiter“, verkündete der „Vorwärts“. Am Tage vorher aber hatten bereits die Vertreter des Metallarbeiterverbandes um Friedensbedingungen angehalten, waren aber abgewiesen worden. Dann erfolgte die bedingungslose Aufhebung des Streiks. War sie notwendig? — Nein! 11 Millionen beträgt das Vermögen des Metallarbeiterverbandes, so haben wir es uns jüngst noch vordemonstrieren lassen müssen. Zur Unterstützung von 20 streikenden Formieren würden die wohl ausgereicht haben. Wenn freilich das Geld nicht zwecklos fortgeworfen werden sollte, dann müßte weiter gegrieffen werden. Andere Gezeiten des Solinger Industriebezirks stellten Streikarbeit für die Firma Rautenbach her und es waren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes selbst, die daran arbeiten mußten. Ob das der Grund war, weshalb man mit einer blamablen Niederlage fürlieb nahm, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir wissen nur, daß sich die Formier eines Betriebes nach 14 Tage vor der bedingungslosen Streikaufhebung mit der Forderung getragen haben, sich mit ihren Kollegen bei der Firma Rautenbach solidarisch erklären zu können, nach einer stattgefundenen Versammlung aber nichts mehr verlaute ließen. Soviel steht ferner fest, daß eine Ausdehnung des Kampfes auf andere Gießereien Weiterungen nach sich gezogen hätte, da der Arbeitgeberverband dem Spiele nicht ruhig zusehen haben würde. Ausperrungen sind aber bekanntlich beim Metallarbeiterverband nicht gut annehmbar.“

Weil eine eventl. Aussperrung drohte, darum die merkwürdige Haltung und die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit nach 18wöchentlichem Streik. Kann man sich etwas Klüglicheres denken. Und das war nicht der erste Kampf, den der „deutsche“ Metallarbeiterverband so unritztlich beendet. Schrieb doch der Vorsitzende des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der doch am besten wissen muß, was der rote Verband geleistet hat z. B. im „Zeitgeist“, dem Bildungsorgan für die Funktionäre seiner Organisation:

„Eigentlich kein Kampf, der von den Unternehmern mit einem Streik der Arbeitgeber, mit einer Aussperrung größeren Stils beantwortet wurde, ist von uns (vom sogd. Verband. D. B.) erfolgreich beendet worden. Das heißt, wohl haben wir hier und da Verbesserungen erzielt, in der Mehrzahl der Fälle war uns das Erreichte aber schon vorher im Unterhandlungswege oder in der Antwort auf unsere Forderungen zugefallen worden.“

Also keine einzige Aussperrung hat nach Aussage seines Vorsitzenden der sozialdemokratische Metallarbeiterverband erfolgreich beenden können. Damit vergleichen man einmal das großmütige Getue der Partei- und Gewerkschaftssozialisten, und jeder denkende Metallarbeiter muß sich selbst klar sein, was von diesen Leuten zu halten ist.

Bedauerlich ist und bleibt im Interesse der gesamten Metallarbeiter die arbeiterfeindliche Haltung der Sozialdemokraten. Diese „Arbeiterführer“, die „mögeln, wo immer sie mögeln können“ und „schlecht sind wie die Nacht“, wenn es gegen die ihnen so verhassten Christen geht, müßten von den denkenden und ehrlich vorwärts strebenden Arbeitskollegen in den freien Gewerkschaften ganz energisch zur Ordnung gerufen werden. Mit Scham und Zorn müßte es sie erfüllen, daß die verabscheuungswürdige Rolle, welche Führer ihrer Organisation gespielt haben, vom Gericht als „Arbeiterverrat und Teufeleien“ gekennzeichnet wurden.

Erst dann werden bessere Verhältnisse eintreten, wenn diesen Burken gründlich das Handwerk gelegt wird. Unsere Kollegen aber sollten unermüßlich tätig sein in der Aufklärungsarbeit unter den Freiorganisierten, damit die Interessen der Metallarbeiter nicht unter die Räder kommen und ihnen zeigen, daß die Sozialdemokraten den kämpfenden und ausgesperrten christlichen Metallarbeitern in Menden schmachhaft in den Rücken gefallen sind, während sie ihre Mitglieder in der roten Hochburg Solingen bedingungslos nach sechszehnwöchentlichem Kampf ins alte Joch zurückschicken.

Ept.

Neues Leben in unseren Versammlungen

Erfreulicherweise hat in letzter Zeit in unserem Verbandsorgan eine Aussprache stattgefunden über den Versammlungsbesuch. Da alle diese Anregungen den Organisationsgedanken vertiefen wollten und sollen, möchte auch ich einige Beobachtungen mitteilen, die ich im Laufe der Zeit als sehr gute Hilfsmittel zur Belebung des Versammlungsbesuches kennen gelernt habe.

Bei allen Versammlungen soll der Vorstand sein Augenmerk auf die Beschaffung eines entsprechenden Raumes richten, weil gerade dieser wesentlich auf die Stimmung der Versammlungsbesucher einwirkt. Ein vollbelegter kleiner Raum ist eine ganz andere Stimmung aus, als ein großer Saal, in welchem 100 Personen anwesend sind, der aber 500—1000 fassen kann. In solchen Sälen wird sich niemals die notwendige Begeisterung auslösen und in der Regel sind die Kosten für eine solche Veranstaltung zwecklos verpulvert. Dann noch eines. Bei allen Veranstaltungen sollten unsere Kollegen immer zunächst die mittleren Plätze belegen und sich nicht in die Ecken brücken. Ist die Mitte besetzt, dann macht das ganze direkt einen viel freundlicheren Eindruck. Auf diesen Punkt ist ganz besonders Wert zu legen und unsere Vorstände sollten sich nicht nur in Ermahnungen und Bitten ergehen, sondern zuerst im Voraus rein und dann den Kollegen, so, wie sie kommen, die Plätze anweisen. Wer sich einmal in einem Saal festgesetzt hat, ist absolut nichts herauszubringen. Das ist so, alles philosophieren darüber hilft nichts. Darum, Vorstände, verteilt und weist die Plätze an, wenn ihr wollt, daß das äußere Bild der Versammlung von vornherein ein freundliches ist.

Ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger, wie das Versammlungslokal ist die Vorbereitung der Versammlung. In manchen Gruppen und Zählstellen hört man öfter die Klage, daß die Mitglieder so nachlässig im Besuch der Versammlungen seien. Den Gründen und Ursachen dieser mißlichen Erscheinung wird in der Regel aber nicht genügend nachgeforscht und zu Hilfe gerufen. Die Gruppenleitungen sind der Meinung, daß die Bekanntmachung der Veranstaltung im Versammlungskalender genügt. Etwas ganz besonderes glaubt man mancherorts getan zu haben, wenn man die Versammlung durch Stempel auf dem Verbandsorgan bekannt gibt. So wichtig dieses ist, und ich es unter keinen Umständen missen möchte, so sind dadurch doch noch längst nicht alle Mittel zur Erzielung eines guten

Versammlungsbesuches erschöpft. Wie oft kommt es vor, daß den Mitgliedern die Zeitung, welche die Einladung zu der am Sonntag vormittag 10 oder 11 Uhr stattfindenden Versammlung enthält, erst gegen 12 oder 1 Uhr zugestellt wird. Setzt schon dieses Beispiel, daß wir hin und wieder etwas außerordentliches tun müssen, so stumpt die einseitige Einladungsform auf die Dauer auch ab. Abwechslung in der Einladungsform wird uns dem Ziele näher bringen.

Unseren Vertrauensmännern und Hausagitatoren, namentlich den letzteren, fällt dabei eine große Aufgabe zu. Mindestens einmal im Monat sollten sie kurz vor dem Stattfinden der Versammlung die Kollegen in ihrem Bezirk aufsuchen, ihnen die neuesten Flugblätter und Broschüren zustellen und sie auf die Versammlung hinweisen. Die Kollegen, welche die größte Anzahl Mitglieder aus ihrem Bezirk in die Versammlung bringen, müßten besonders lobend hervorgehoben werden. Das spornt die anderen an.

Durch schriftliche Einladungen sollten die Mitglieder mindestens zweimal im Jahre zum Besuch der Versammlung aufgefordert werden. Am besten tut man dieses, wenn besondere Veranstaltungen geplant sind, öffentliche Versammlungen etc. Sehr häufig kommt es vor, daß die Gruppenleitungen Gäste eingeladen, einen tüchtigen Redner gewonnen und in der Presse auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht haben. Die Mitglieder sind aber nicht zum Besuche der Versammlung angeleitet worden, und so kommt es, daß von ihnen ein sehr großer Teil fehlt. In solch unangenehmer Situation gibt es dann noch Vorstände, die ein Jammerlied anstimmen über die Interessenlosigkeit etc., sogar freigestellte Beamte sah ich schon in solcher Pose. Die guten Leute, wollten sie doch nur an ihre eigene Brust schlagen, durch ihr Jammerlied wird die Sache nicht besser und den Anwesenden rauben sie auch noch die Lust an der Mitbeteiligung. (Sehr richtig. Red.)

Vielfach könnten unsere regelmäßigen Monatsversammlungen eine etwas interessantere Ausgestaltung sehr wohl betragen. Gewöhnlich lautet die Tagesordnung: Protokoll, Kartellbericht, Vortrag und Verschiedenes. Auch hier stumpt, genau so, wie bei den Einladungen die Eintönigkeit auf die Dauer ab, wodurch die Schlagfertigkeit des einzelnen nicht gehoben wird. In jeder Versammlung könnte ein Kollege (am besten ist's wenn jedesmal ein anderer an die Reihe kommt) einen Klüßchen geben, über das was seit der letzten Versammlung wichtiges im Verband, in der Ortsgruppe und im gewerkschaftlichen Leben überhaupt vorgekommen ist. Material hierzu bietet unser Verbandsorgan in Hülle und Fülle. Wenn das richtig durchgearbeitet wird, dann erhalten unsere Kollegen von selber die notwendige Durchbildung. Und was die Hauptsache ist, diese interessanten Vorkommnisse bieten unseren Kollegen das nötige Material den Gegnern gegenüber auf der Arbeitsstelle.

Die Kontrolle des Versammlungsbesuches sollte in keiner Versammlung und Zählstelle unterbleiben. Nur am Stempel im Mitgliedsbuch kann man ersehen, ob der jeweilige Buchinhaber ein guter Versammlungsbesucher ist oder nicht und feststellen, ob die Bestimmungen des Statuts hinsichtlich des Versammlungsbesuches erfüllt worden sind. Darum noch einmal, kontrolliert und befehligen den Versammlungsbesuch. Wo die Vorstände in dieser Beziehung lässig sind, sollten die Mitglieder nach dem Rechten sehen.

Mancher Ortsgruppenvorsitzende wird sagen: Gewiß, das ist alles ganz gut, aber wer bezahlt die Kosten. Ja, wieso denn? Was ich da vorgeeschlagen, macht doch keine besonderen Kosten. Höchstens könnten hier die schriftlichen Einladungen in Betracht kommen. Aber das ist doch auch nicht die Welt. Wenn jede Gruppe für einen vernünftigen Marschdurchschnitt — unter 48 sollten es auf keinen Fall sein — Sorge trägt und einen Vorkaufschlag von wenigstens 10 bis 20 Pfg. erhebt, dann sind die Kosten spielend aufzubringen.

Um die notwendige Begeisterung auszulösen in der Ortsgruppe ist es notwendig, von Zeit zu Zeit Frauenversammlungen abzuhalten. Ist die Ortsgruppe oder Sektion hierzu allein nicht im Stande, dann soll es gemeinschaftlich mit den Zählstellen unserer christlichen Bruderverbände gemacht werden. Das Kartell kann die Sache arrangieren und eventuell eine Rednerin besorgen, die den Frauen und Mädchen ins Gewissen redet und sie anseuert für den Gewerkschaftsgedanken. Diese Versammlungen brauchen sich absolut nicht nur auf die Frauen, Mütter und Schwägerinnen unserer Mitglieder zu beschränken. Nein, jede Frau oder Mädchen kann ihre Nachbarin oder Freundin, deren Mann, Bruder oder Bräutigam noch nicht unserem Verbande angehört, mitbringen. Schaden wird es niemals, wohl nutzen. Kollegen, vergeßt nie: Sind die Frauen überzeugt und begeistert, dann sind die Männer viel leichter zu gewinnen. Ist eine Mutter erst von der Notwendigkeit der Organisation durchdrungen, dann wird sie ihrem Sohn niemals Schwierigkeiten machen wegen seiner Zugehörigkeit, sondern ihn zum Beitritt und treuen Ausstehen ermuntern.

Kein Mittel dürfen wir unversucht lassen, um reges Leben zu entfalten. Beg mit den Klageleibern. Wo Leben herrscht, ist Geist, und wo Geist ist, da machen die Unternehmern nicht was sie wollen, sondern müssen den Wünschen und Beschwerden der Kollegen Rechnung tragen. Keiner darf abseits stehen, alle müssen wir mitarbeiten am weiteren Ausbau und Erstarken unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, um unser Ziel, die Gleichberechtigung der Metallarbeiter auf allen Gebieten, und eine auskömmliche Existenz für alle Kollegen zu erreichen.

Die erste Etappe auf diesem Wege, die unser Rüstzeug stärken und schärfen soll, um Sieger zu bleiben, sind unsere Verbandsvereinsammlungen. Sie sind unsere Werkzeugschmiede, kein Metallarbeiter kann ohne solche auskommen. Darum Kollegen: Hinein in die Versammlungen, feilt in feiner, nur der hat gutes erstklassiges Werkzeug, der selber in die Schmiede geht. S.

Handel und Handelspolitik

1.

„Unter Handelspolitik verstehe ich die Gesamtheit der Maßnahmen, mit denen die öffentliche Gewalt eine unmittelbare Einwirkung auf den Handel beabsichtigt.“ Diese Definition, die von dem berühmten Nationalökonom von der Borcht stammt, trifft unseres Erachtens am besten das Wesen der Handelspolitik. Ganz logischerweise unterscheidet man eine innere und äußere Handelspolitik. Die innere betrifft den Handel im Inland, die äußere den Außenhandel — Ein- und Ausfuhr. Das gesamte Handelsrecht, das Wechselrecht eines Landes, ist für den Handel im Innern von der größten Bedeutung; daß ein geordnetes Geldwesen für die Entwicklung des Handels sehr wichtig ist, beweist schon die Erfahrung. Es bestimmt wesentlich die Sicherheit im Handelsverkehr ebenso sehr wie das Handelsrecht. Ein sehr bedeutender Zweig der inneren Handelspolitik ist ferner das gesamte Verkehrswesen. Gute und bequeme Straßen sind auch heute noch dringendes Erfordernis — ich erinnere an den keineswegs geringen Handelsverkehr, der sich durch die Lastautomobile von Ort zu Ort vollzieht. In der Nähe größerer Städte versorgen einzelne große Handels- und Warenhäuser die Ortschaften in weiterem Umkreise mit dem nötigsten. Wöchentlich ein- oder zweimal wird an die einzelnen Orte, soweit Befestigungen vorliegen, die Ware verbracht. Dieserorts besorgen Automobile den Transport von Bier. Die Brauereien schaffen sich lieber eigene Fahrzeuge an und versorgen durch sie ihre Kundschaft, als daß sie die teure Eisenbahnfracht bezahlen. Allerdings haben heute die Straßen für den Handelsverkehr die Bedeutung nicht mehr wie im Mittelalter, wo auf dem Lande ein anderes als durch animalische Kraft fortbewegtes Beförderungsmittel nicht vorhanden war. Mit der Entwicklung der Technik, insbesondere der Möglichkeit, gewaltige Lasten durch Dampfkraft auf dem Schienenwege zu befördern, hat die Eisenbahnpolitik den größten Einfluß auf die Gestaltung des Handels erreicht. Die Beförderung durch die Maße — besonders, wenn größere Strecken in Frage kommen — ist doch verhältnismäßig bedeutungslos. Der tiefste Grund dieser Erscheinung liegt weniger in der Schnelligkeit, mit der die Waren auf der Eisenbahn ihren Bestimmungsort erreichen, als vielmehr in der Billigkeit, mit der das möglich ist. Eine unter normalen Verhältnissen sehr wohl konkurrenzfähige Industrie kann dadurch außer Wettbewerb gesetzt werden, daß sie genötigt ist, eine Strecke von wenigen Kilometern mit der Maße ihre Produkte zu befördern. Daher das Bestreben der Industrie, Schienenwege bis in die kleinsten Ortschaften zu erhalten. Nicht nur für den Absatz, sondern noch mehr für den Absatz von dort ist das von Bedeutung. Besonders bei der Tendenz, die viele Industriezweige heute zeigen: ihre Produktionsstätten auf das Land zu verlegen. Die Existenzbedingungen sind hier für sie vielfach günstiger — nicht nur die Anlagelosten dürften sich bei dem niedrigen Grund- und Bodenpreis billiger stellen, auch die Arbeitslöhne sind nicht so hoch, weil hier die Arbeiterschaft sich zum großen Teil aus der landwirtschaftlichen Bevölkerungsschicht rekrutiert.

Wie gewaltig die Ausdehnung des deutschen Eisenbahnnetzes sich entwickelt hat, zeigen deutlich folgende Zahlen, die den Veröffentlichungen des kaiserlichen statistischen Amtes entnommen sind: Die Bahnlänge betrug am Ende der Rechnungsjahre (März) 1880 33.645 Km.; 1885 37.189; 1890 41.818; 1895 45.203; 1900 49.878; 1905 54.680 und 1910 59.031 Km. Bei weitem der größte Teil der Eisenbahnen befindet sich — was ja bei unserem Eisenbahnwesen das Natürliche ist — in den Händen des Staates; der in Händen von Gesellschaften befindliche Teil ist verhältnismäßig sehr gering und geht ständig zurück. Noch 1880 betrug sich ein reichliches Drittel des Eisenbahnnetzes in privatem Besitz; 11.624 Km.; 1885 waren es nur noch 5.288 Km. Von geringen Schwankungen abgesehen, war der Rückgang ständig und 1910 entfielen nur noch 3.678 Km. auf Privatbahnen. Das Verhältnis, in dem die Vermehrung der Eisenbahnen erfolgt ist, beleuchten folgende Daten: 1880 kamen auf 100.000 Quadratmeter Fläche 62,3 Km.; 1885 68,8; 1890 77,4; 1895 83,6; 1900 92,2; 1905 102,7 und 1910 109,1 Km. Diese Entwicklung ist gerade für unsere Industrie von der aller-

größten Bedeutung. Nach der Einigung des Deutschen Reiches erfuhr die Rohstoffindustrie bekanntlich einen gewaltigen Aufschwung — er ist in erster Linie auf den Ausbau des Eisenbahnnetzes zurückzuführen und auch jetzt noch spielen die Aufträge der Staatseisenbahnen einer großen Rolle. Auch die verschiedenen Zweige der weiter verarbeitenden Industrie haben und hatten ihren Vorteil von dieser Entwicklung — desgleichen die Maschinenindustrie, die Waggonbauindustrie usw. Wenn das Verkehrs- und ein so gewaltige Ausdehnung erlangt hat, so ist das in erster Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß sich die Eisenbahnen in Deutschland im Staatsbesitz befinden. Ein privater oder eine Erwerbsgesellschaft, wie sie auch die Eisenbahnaktiengesellschaft trotz des öffentlichen Zweckes sein mag, dürfte, werden im allgemeinen nur gut rentierende Eisenbahnlinien bauen; an anderen haben sie kein Interesse, da es mit ihrem Gewinn erschöpft ist. Ganz anders der Staat: er muß sich überdies bei der, soll sich in seinen Handlungen nicht nur von finanziellen Gesichtspunkten, vom sog. fiskalischen Interesse leiten lassen, wenigstens eine Berücksichtigung dieses auch durchaus geboten erscheint, sondern vom allgemein volkswirtschaftlichen Erwägungen und seinem obersten Zweck: der Volkswohlfahrt. Deshalb kann es durchaus gerechtfertigt sein, daß neben rentierenden Linien auch solche gebaut werden, die keinen Gewinn oder nur einen ungenügenden abwerfen. Wenn eine arme Gegend durch den Bau einer Eisenbahn zu einem Wohlstand gelangen kann, so erscheint er gerechtfertigt, — übrigens wird der Staat durch die vermehrte Steuerfähigkeit dieser Bürger auf anderem Wege zum großen Teil wieder einbringen, was er dort ausgiebt.

Die Bedeutung der Eisenbahnpolitik für den Handel und die Industrie geht aus den Leistungen hervor, welche unsere Eisenbahnen für sie ausgeführt haben. Denn, wenn in den folgenden Zahlen auch der Verkehr enthalten ist, der nicht lediglich unter den Begriff des Handelsverkehrs zu fassen ist, so geben sie doch ein deutliches Bild von der Entwicklung des Binnenhandels, denn der andere Güterverkehr ist verhältnismäßig unbedeutend. Die Gesamtmenge der beförderten Güter betrug (einschl. der frachtfreien):

Jahr	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1910
Mill. Tonnen	165,162	157,347	217,745	230,949	232,811	244,179	252,244
Mill. Tonnen	258,925	351,278	364,629	390,741	402,540	444,037	479,227
Mill. Tonnen	514,908	496,920	526,213	575,930			

Im Ganzen betrachtet gehen diese Zahlen die gewaltige Vermehrung des Güterverkehrs klar wieder. Zwar sind einzelne Rückschlüsse leicht erkennbar — so im Jahre 1901 und 1908; der Grund ist klar. Die Größe des Güterverkehrs ist von der Konjunkturalentwicklung abhängig und die genannten Jahre waren solche wirtschaftlichen Niederganges. Die allgemeine Zurückhaltung, die in solchen zu herrschen pflegt, bricht sich in den angegebenen Zahlen deutlich aus.

Von besonderem Interesse dürfte es sein, festzustellen, in welchem Maße die Metallindustrie an der genannten Verkehrsvermehrung teilgenommen hat. Folgende, in der Statistik einzeln aufgeführten Gruppen sind in den folgenden Zahlen vereinigt: Roheisen aller Art, Ruppen von Schmiedeeisen usw.; Eisen- und Stahlbruch; Stab-, Form-, Band-, Eisenbahnschienen und Zubehör; eiserne Eisenbahnschwellen; eiserne Achsen, Bandagen usw.; eiserne Dampfkeessel, Maschinen usw.; eiserne Röhren und Säulen; Eisen- und Stahlbrat; Eisen- und Stahlwaren, die nicht besonders genannt wurden. Die Beförderungen dieser Waren betrug im Durchschnitt der Jahre

Jahr	1881/85	1886/90	1891/95	1896/1900	1901	1902	1903
Mill. Tonnen	6,476	8,439	10,613	16,628	16,378	18,282	20,418
Mill. Tonnen	21,153	26,332	27,086	26,001	26,815	30,671	

Daß bei dieser gewaltigen Entwicklung des Verkehrs in Produkten der Metallindustrie auch der an Eisenerzen eine starke Zunahme erfahren hat, ist eigentlich selbstverständlich. Er stieg in diesen allein vom Jahre 1901 bis 1910 von 9.857 auf 15.138 Mill. Tonnen.

Eine immer größere Aufmerksamkeit wendet die Ver-

kehrspolitik mit Recht den Wasserstraßen zu. Die älteste Verkehrsmittel ist für ein Land von außerordentlicher Bedeutung. Die Erfindung der Eisenbahn hat die Schifffahrt keineswegs überflüssig gemacht. Wo Gelegenheiten hierzu vorhanden ist, wird sie in vielen Fällen vorgezogen. Der Grund liegt in der Billigkeit, die der Wassertransport bietet. Seine Kosten berechnen sich nur auf einen Bruchteil der Eisenbahnfrachten. Natürlich ist die Wasserstraße nicht für alle Fälle und nicht für alle Güter der geeignete Transportweg. Sollen Waren rasch an ihren Bestimmungsort kommen, weil sie dort etwa nötig sind oder weil sie dem Verderb ausgesetzt sind, wird man die Eisenbahn vorziehen. Die Sorge des Staates in der Wasserstraßenpolitik, erstreckt sich einmal auf die Erhaltung und Verbesserung der Flußläufe, dann auf die Anlage von Schleusen und Kanälen. Die Aufwendungen, die der Staat hierfür gemacht hat, sind sehr bedeutend. Man kann es bei dem sich stets weitenden Aufgabenkreis des Staates mit seinen gewaltigen Gelbanspruchforderungen wohl verstehen, wenn er versucht, die Kosten dieser Bauten auf die speziell interessierten Kreise abzuwälzen. Der Versuch wird im Vinnenschiffahrtsgesetz (Schiffahrtsgesetz) vom 24. Dezember 1911 gemacht, das bekanntlich Abgaben für die Benutzung der natürlichen Wasserstraßen einführt. Man kann dieses Gesetz verstehen, billigen braucht man es deshalb nicht. Die vermehrten Kosten wird eben nicht die Schifffahrt und nicht der Handel sondern der Konsument tragen. Zu begrüßen ist, daß durch die Abgaben die Möglichkeit geschaffen werden soll, weitere Wasserläufe oder Teile von solchen schiffbar zu machen. Auf den Kanälen wurden schon längst mit Recht Abgaben erhoben. Die Pflege gerade dieser künstlichen, Verbindungswege ist für unseren Verkehr von außerordentlicher Bedeutung.

Und der Erfolg dieses Zweiges der Verkehrspolitik? Die Zahl der Schiffe hat sich erheblich vermehrt. — 1877 zählte man am 31. Dezember 17.653, 1887 20.390, 1892 22.848, 1897 22.546, 1902 24.839, 1907 26.235. Wenn die Zahlen und ihre Vermehrung auf den ersten Blick nicht so bedeutend erscheinen, so rührt das von der großen Tragfähigkeit dieser Transportmittel her. Bei dieser schafft eine kleine Vermehrung von Schiffen einen sehr beträchtlichen Laderaum. In dem letzten Jahrzehnt dürfte die Vermehrung der Schiffe bedeutend rascher vorwärts geschritten sein. Teilweise zu rasch, denn die Frachten sind so gering geworden, daß ein solches Schiffe außerordentlich schwer ist. Natürlich liegt die Ursache in den härteren Konkurrenzverhältnissen.

Die Menge der beförderten Güter betrug i. J. 1910 76.623 Mill. Tonnen, davon entfielen 42.295 Mill. auf den reinen Inlandsverkehr, der Rest auf den Auslandsverkehr — Versand und Empfang von Waren. Aus leicht begreiflichen, hier nicht weiter auszuführenden Gründen nimmt die Rolle von allen Waren in der Benutzung der Vinnenschiffahrtstraßen bei weitem den größeren Raum ein. Auch unsere Industrie ist recht erheblich beteiligt. Von den oben angeführten Fabrikaten kamen 1909 2.250.643 T. auf Binnenwasserstraßen zum Versand, 1910 3.099.513 Tonnen. Der größte Teil entfällt auf Stab-, Form- und Banden mit 907.541 Tonnen. Von diesen entfielen nur 219.380 Tonnen auf den Inlandsverkehr, 682.559 auf den Versand ins Ausland. Der Charakter der Industrie spiegelt sich in diesen Zahlen klar wieder. Eine ganz hervorragende Stellung nimmt das Eisen ein. Insgesamt wurden durch die Vinnenschiffahrt 1910 7.944 Mill. Tonnen befördert. Davon entfällt natürlicherweise der größte Teil auf den Auslandsverkehr und zwar 16.447 Tonnen auf den Versand und 6.363 Mill. Tonnen auf den Empfang. Da im genannten Jahre an Eisenerz überhaupt 9.816 Mill. Tonnen eingeführt worden sind, erhellt deutlich, welche Bedeutung dem Transport auf den Binnenwasserstraßen beizumessen ist.

Die Hirsch-Dunderschen und die Religion

Die wiederholt öffentlich festgestellte Tatsache, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften politisch freisinnig und in religiöser Beziehung freidenkerisch sind, hat diese Leute arg verschmüpft. Wiberlegen können sie dieses nicht, ja sie versuchen es nicht einmal. Weil nun die konfessionellen Arbeitervereine den Hirschen wegen ihres freidenkerischen Charakters den Stuhl vor die Tür gesetzt haben, sind alle H.-D., „falsch Schmeichelet Agitatoren und Wadenbeißer“ (frei nach Ziskif) recht zornig. Am liebsten möchten sie die ganzen christlichen Gewerkschaften mit Haut und Haaren herbeispielen, weil diese den Hirschen die falsche Neutralitätsflagge heruntergeholt haben. Daß deswegen bei den H.-D. der Grimm recht groß ist, ist menschlich verständlich.

Wie Eisen gemacht wird?

(Nachdruck verboten!)

Soll ein Hochofen in Betrieb gesetzt, „angeblasen“ werden, so wird er zuvor angewärmt, Dieses erfolgt durch ein in demselben angelegtes Koksfeuer, welches ganz langsam einsetzt, um ein Reiben der Hochofenwandungen, die sich bei der Erwärmung ausdehnen müssen, zu verhüten. Das Anwärmen nimmt, je nach der Größe und Beschaffenheit des Ofens, oft mehrere Wochen in Anspruch, da das Feuer nur nach und nach verstärkt und erst zum Schluss durch Einschalten des Gebläses zur vollen Glut entzündet werden darf. Ist diese erreicht, so beginnt der eigentliche Betrieb und die Beschickung des Ofens, welche von der oberen Öffnung des Ofenschachtes der sogenannten Gicht, aus erfolgt. Der durch zwei übereinander angeordnete glodenartige Haken gebildete Beschickungs des Ofens wird dabei durch abwechselndes Senken und Heben der einzelnen Gloden so geöffnet und geschlossen, daß das Beschickungsmaterial eingefüllt werden kann, ohne daß die Ofengase austreten. Die Beschickung besteht aus abwechselnd angebrachten Ladungen von Erzen, „Zuschlägen“ und Brennmaterial. Die Erze werden, wenn nötig, vorher geröstet, in besonderen Durchwerken oder Mühlen zerkleinert und dann gattiert, d. h. so gemischt, daß aus ärmeren und reicheren Erzen ein Gemenge mit einem mittleren Metallgehalt gebildet wird. Die Zuschläge, welche sich unter Einwirkung der Hitze zu einer leicht flüssigen Schlacke verbinden sollen, müssen der Zusammensetzung der Erze nach Art und Menge angepasst werden. Die Zuschläge (Kalkstein, Dolomit oder Tonsteine) werden auf dem Lagerplatz mit den gattierten Erzen in passendem Verhältnis gemengt, welche Mischung man als Koks bezeichnet. Als Brennmaterial kommt für den Hochofenbetrieb heute nur noch Koks in Betracht, während Kohle der

schlechten Wärmeentwicklung und Holzkohle des hohen Preises wegen nicht mehr benutzt werden.

Die in den Hochofen eingebrachten Erze werden in dem oberen Teile desselben durch die von unten her aufsteigenden heißen Gase erwärmt, gewissermaßen geröstet, und dann, allmählich tiefer sinkend, reduziert, d. h. in ihre Bestandteile zerlegt. Das dabei abgeschiedene Eisen nimmt von dem Koks Kohlenstoff auf und sammelt sich schließlich im unteren Teile des Ofens als glühfähige Masse an. Gleichzeitig mit dem Eisen schmelzen auch die fremden Bestandteile der Erze und die Zuschläge zu einer flüssigen Schlacke zusammen. Da deren spezifisches Gewicht aber erheblich leichter ist, als das des metallischen Eisens, so schwimmt sie auf letzterem und bildet eine Schmelzdecke, die das Eisen vor den oxydierenden Eigenschaften der Luft sichert. Eisen und Schlacke werden von Zeit zu Zeit in eine besondere für gewöhnlich mit Lehm oder Ton gefüllte Öffnung abgelassen. Das so erhaltene Roheisen wird entweder sofort zu Gegenständen (Hochöfen) oder in länglichen Formen zu Barren gegossen, die als Rohmaterial sowohl zu Gußwaren wie auch zur Bereitung von Schmiedeeisen und Stahl dienen.

Da die Verbrennungs- und Reduktionsvorgänge im Hochofen große Mengen Sauerstoff erfordern, welche durch natürlichen Zug kaum zu beschaffen sind (erfordert doch 1 Kilogramm Koks in jeder Minute etwa 1 Kubikmeter Sauerstoff, also 4—5 Kubikmeter atmosphärische Luft), so wird letzterer mittels besonderer Gebläsemaschinen zugeführt. Die großen Luftmengen abzufördern aber, weil sie auf die hohe Temperatur der Ofenhitze gebracht werden müssen, viele Wärme und ein dementsprechendes Quantum Brennmaterial. Um letzteres möglichst herabzumindern, wird jetzt bei allen Hochofen die Gebläseluft vorgewärmt, und zwar mit Hilfe der im oberen Ofenteile abgegangenen Ofengase. Man leitet diese im brennenden Zustande durch sogenannte Tübenchen (Tuben-

hüter, das sind mit feuerfestem Material ausgelegte Türme, die einen großen Teil der Hitze aufspeichern. Ist ein Turm auf diese Weise 2 Stunden geheizt, so werden die Gase ab- und einem anderen Turm zugeführt, während man durch erstere die Gebläseluft führt, die dabei die vorher aufgespeicherte Wärme absorbiert, so daß sie in stark erhitztem Zustand in den Hochofen gelangt. Hat nach 2 Stunden der Turm seine Wärme an die Luft abgegeben, so wird diese ab- und das Gas wieder angeheißt.

Welch großartigen Erfolg das Erhitzen der Gebläseluft bedeutet, erhellt am besten daraus, daß früher zur Erzeugung von je einer Tonne Roheisen 8 bis 10 Tonnen Koks erforderlich waren, während jetzt bei Vorwärmung der Luft auf etwa 900 Grad nur noch eine Tonne Koks pro Tonne Eisen gebraucht wird! In gleichem Maße ist auch die Leistungsfähigkeit der Ofen gesteigert worden, was allerdings auch noch sonstige Verbesserungen in der Gestaltung der Hochofen und deren Betrieb beigetragen haben. Ein weiterer Fortschritt im Hochofenbetrieb, der noch ziemlich jungen Datums und noch in der Ausbildung begriffen ist, besteht darin, daß die Gebläseluft nicht nur vorgewärmt, sondern auch getrocknet und von ihrer Feuchtigkeit befreit wird. Zu diesem Zwecke leitet man die Luft vor Eintritt in den Hochofen über ein System von Röhren, in denen Chloralkaliumlauge zirkuliert, die durch eine Ammoniakkältemaschine auf — 10 Grad abgekühlt wurde. Die Luftfeuchtigkeit schlägt sich dabei als Eis an den Röhrenwänden nieder. Durch dieses Verfahren soll die Roheisenproduktion um etwa ein Viertel gesteigert und der Koksverbrauch um ein Fünftel vermindert werden.

Ein normaler Hochofen neuerzeitlicher Einrichtung produziert in 24 Stunden 200 bis 300 Tonnen Roheisen. Allerdings hat man in den letzten Jahren, namentlich auf amerikanischen Werken, Hochofen gebaut, welche es auf Tagesleistungen von 800 bis 900 Tonnen bringen.

Um sich Luft zu machen, suchen sie jetzt in allen möglichen trüben Quellen nach Material gegen die Christlichen. Als Resultat ihrer langen Suche präsentiert jetzt der „Regulator“ (Nr. 24) eine wirklich rohe und ungezogene Veröffentlichung, die ein katholisches Arbeitervereinsmitglied aus Lobberich, das auch christlicher Gewerkschaftler ist, über den Papst gemacht hat, während seiner letzten Krankheit.

Diesen Einzelfall benutzt der „Regulator“ zu einer Verdächtigung der christlichen Gewerkschaften und fragt mit pharisäerhaftem Augenaufschlag, ob nun die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung als religionsfeindlich dahingestellt werden würde, weil dieses Mitglied der Christlichen sich beratt geäußert habe.

Wir können dem „Regulator“ im Vertrauen verraten, daß dieses außerhalb der rosen-, gelb- und knallroten Grenzpfähle nicht der Fall sein wird, und zwar deswegen nicht, weil dieser Einzelfall absolut nichts beweist gegen die religiös einwandfreie Haltung der christlichen Gewerkschaften.

Am treffendsten kennzeichnete die „Mugsburger Postzeitung“ (Nr. 263, 1913) die Situation, als sie auf einen Versuch den Fall heftig auszuhebeln, folgende Antwort gab:

„Ein Arbeiter aus Lobberich bei Arefeld, Vorstandsmittglied des katholischen Arbeitervereins und der christlichen Gewerkschaften hatte anlässlich der letzten Krankheit des Hl. Vaters in außergewöhnlich roher Form einen schon an sich ebenso außergewöhnlich rohen Wunsch geäußert, der das Gegenteil von dem besagte, was anständiger und auch nur anständig sein und scheinen wollende Menschen, unbekümmert um Lager und Anschauung, einem Kranken wünschen, es war das eine Ausfressung, für die es ebenso wenig eine Entschuldigung geben kann wie es unter anständigen Menschen einen Streit über ihren Charakter geben kann. Das vorausgesetzt, hätte es unserer Ansicht nach genügt, wenn dem Schuldigen so deutlich und gründlich wie möglich von zutragender Seite der Text gelesen wurde, damit er in Ordnung brachte, was in Unordnung war und die schier unglaubliche Leistung verschuldet hat. In einer öffentlichen Angelegenheit aber brauchte auch der beste Katholik diese Sache nicht zu stemmen. Daß ein sozialdemokratisches Blatt, als es davon erfuhr, sie der Öffentlichkeit übergeben ist durchaus begreiflich. Verständlich ist auch, wenigstens auf Grund seiner Eigenart, daß das Organ des Grafen Doppersdorff daraus Kapital gegen die „Kölner“ zu schlagen suchte. Zu einer Seherlei in diesem Sinne ist ja der Vorfall schließlich nicht schlechter wie andere, die diesem Organ dazu gut genug schienen, wenn sicher auch nur ganz, ganz wenige glauben werden, daß die berufliche Rohheit den Bestimmungen der Mehrzahl der deutschen Katholiken entspricht. Man kennt ja die Leute, die ihren Zwecken damit dienen wollen, daß sie wirkliche oder erlogene Vergehen einzelner Geistlichen in alle Welt hinausstreuen. Genau soviel aber wie ein solcher Einzelfall gegen die Moral der Geistlichkeit und die kath. Moral überhaupt, beweist der Lobbericher gegen die „Kölner.“

Ebenso wenig möchten wir anfügen, hat dieser Einzelfall irgendwelche Bedeutung gegen die religiöse Neutralität der christlichen Gewerkschaften.

An sich ist es schon charakteristisch, und für die Güte der eigenen Sache äußerst bedenklich, daß sich die Kirche Arm in Arm mit Sozialdemokraten und Quertreibern gegen die Christlichen zusammenfinden. Sinsu kommt, daß die Kirche statt die gekennzeichnete Pharisäerrolle zu spielen, lieber vor ihrer eigenen Tür kehren sollten. Da liegen Haufen von Dred. In der Kirche-Dunderschen Presse sammelt es von religionsfeindlichen Ergüssen, wie sie härter und roher auch von den Freidenkern nicht gemacht werden. Dafür einige Stichproben.

Der sich jetzt künstlich entfaltende „Regulator“ druckte zur Zeit einen Artikel aus dem freidenkerischen „Freien Wort“ nach, in dem es hieß:

„Eine neue sozialdemokratische Kirche hat sich gebildet, welche die Interessen der Arbeiterklasse nach der uns so vertrauten und auch so verhassten Methode der römisch-katholischen Kirche zu vertreten sucht, und alle Gegner eines jeden Klerikalismus, mag dieser von der Theokratie der jüdischen Hohenpriester in Jerusalem, von den Pappas im Libet, vom Unfehlbaren in Rom oder von Karl Marx ausgehen, verhalten ihr Haupt und wenden sich schamlos ab. Obwohl viele Prophezeiungen von Karl Marx ebenso wenig eingetroffen sind wie die Prophezeiungen Jesu über den Untergang der Welt, hält die Sozialdemokratie immer noch an ihnen fest.“

Der „Mitteldeutsche Kurier“, ebenfalls ein offizielles Kirchenblatt, das vom Vorsitzenden des Kirche-Dunderschen Bauarbeiterverbandes redigiert wird, leistete sich folgende fanatische unglücklich rohe und ungezogene Anrempelung der Geistlichkeit beider Konfessionen:

„Wenn ich einmal der Herrgott wär,
Mein erstes wäre das:
Ich nähme alle Pfaffen her
Und machte daraus Gas;
Mit diesem Gas erleuchtet ich
Das ganze Firmament,
Dann wär's mit aller Finsternis
Auf dieser Welt zu Ende!“

Daß die Kirche-Dunderschen unterschiedslos gegen die Religion wüten, beweist ein Artikel, den das Blatt der Kirche-Dunderschen Tabakarbeiter (Nr. 21, 1912) aus dem Organ der Kirche-Dunderschen Fabrik- und Handarbeiter nachdruckte, weil es ein so schöner Artikel sei, in welchem es unter anderem heißt:

„Der selbe wüßte Zelotengeist, wie er der katholischen Kirche eigen, hat auch in der evangelischen Kirche Eingang gehalten; das Mordtum beherrscht sie.“

„Wer sich nicht heute noch zu den Glaubenssätzen Luthers bekennt, der dieser vor 400 Jahren als evangelische Wahrheit verkündete, der wird vom hohen Oberkirchenrat geächtet und des geistlichen Lehramtes für unwürdig erklärt.“

„Ihr habt nur auf das Apostolium zu schwören, und das Denken auch abzugeben! Das ist der Rechtsbruch der Kirchenräten von heute, die in dem Augustinermönch Dr. Martin Luther den evangelischen Papst verehren.“

„Nicht in die Köpfe! Dem hellen Himmel kommt kein Jesuit zu nahe; denn Nachfolger können das Licht, auch die Beloten im Oberkirchenrat nötigen ihm höchstens ein Lächeln ab.“

So, das sind einige Proben davon, wie die Kirche zur Religion stehen, die wir beliebig ergänzen können. Dieser durch und durch freidenkerischen Gesellschaft steht es an, den Splitterrichter zu spielen.

Diese offenkundigen Gefährlichkeiten gegen die Religion zurückweisen, ist dem „Regulator“ nie eingefallen. Wie könnte er auch, sind doch die Kirche ihrer ganzen Verfassung nach freidenkerisch. Das beweist der „Regulator“ auch selbst. An

seiner Nr. 16 nennt ein Tr. (anscheinend der Generalrat Trabert) die Vorwürfe, welche den Kirche wegen ihrer gefährlichen Stellung zur Religion gemacht werden, „Alle Sabotage!“ und „konjures Zeug.“

Es bleibt also dabei, die Kirche versuchen, wo sie können, Religion und Geistliche herunterzureißen. Eine solche Gesellschaft hat das Recht verweigert über andere den Stab zu brechen. Mögen sie gefälligst vor ihrer eigenen Tür stehen. Und jetzt mag der „Regulator“ weiter hellen, uns soll es nicht kümmern.

Unsere Kollegen aber mögen den Kirche-Dunderschen „Wadenbeißern“ überall die ihnen gebührende Abfertigung zu Teil werden lassen.

Eine Bewegung auf den deutschen Seeschiffswerften.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben, wie das „Hamburger Echo“ am 17. Juni berichtet, natürlich unter Führung des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes, auf den Seeschiffswerften eine Bewegung eingeleitet. Das „Wesentliche der Forderungen“, die am 17. Juni den Werften eingereicht sein sollen, werden von dem genannten sozialdemokratischen Blatt zusammengefaßt wie folgt wiedergegeben:

„Die tägliche Arbeitszeit soll 9, an den Sonnabenden in Hamburg 7 und auf den Werften an anderen Orten 8 Stunden betragen. Bis jetzt besteht noch auf den Hamburger Werften die fünfundsünfzigstündige Arbeitszeit, auf den anderen Werften die sechsundsünfzigstündige wöchentliche Arbeitszeit. An den Tagen vor den hohen Festen soll eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit eintreten.“

Eine nach den örtlichen Verhältnissen bemessene Erhöhung der Einstellungslohn bis 8 Pfg. pro Stunde. Die Erhöhung ist einschließlich des Lohnausgleichs für Verkürzung der Arbeitszeit gedacht. Festsetzung der Einstellungslohn für Minderjährige. Der Einstellungslohn soll nur vorübergehend in Anwendung kommen, deshalb soll nach vierwöchentlicher Beschäftigung die Erhöhung und Festsetzung des eigentlichen Lohnes mit dem Arbeiter vereinbart werden.

Der Betrag, um den der Stundenlohn erhöht werden soll, ist ebenfalls nach den örtlichen Verhältnissen bemessen und schließt auch den Ausgleich des Lohnes für Verkürzung der Arbeitszeit in sich. Die verlangte Erhöhung bewegt sich bis zu 7 Pfg. pro Stunde.

Die Entschädigung für Überzeitarbeit ist heute sehr verschieden, deshalb wird die gewünschte Regelung unter Annahme an die bestehenden Verhältnisse vorgeschlagen. Wesentlich verändert es sich bezüglich der Nacharbeit und der Wechselzeit, letztere findet in einzelnen Abteilungen der Großbetriebe immer mehr Eingang und soll eine entsprechende Regelung erfahren.

Bezüglich der Alfordarbeit gehen die Vorschläge dahin, daß es dem Arbeiter ermöglicht wird, unter den gegebenen Verhältnissen auch einen angemessenen Alfordüberschuß erzielen zu können. Wenn der Alford zu niedrig kalkuliert ist, soll dem Arbeiter ein Einspruchsrecht zustehen. Für entstehende Differenzfälle soll eine Erleichterung geschaffen werden, daß durch Kommissionen eine unparteiische Entscheidung herbeigeführt wird. Desgleichen soll dem Arbeiter bei nicht festgelegten oder unübersichtlichen Alforden ein in den Vorschlägen näher bestimmter Ueberverdienst werden. Die Alforden sollen nicht aus reiner Preisdrückerei herabgesetzt und der Ueberverdienst soll für jeden Alford besonders berechnet und ausbezahlt werden. Die langfristigen Alforden sollen geteilt und wo dies nicht möglich ist, soll alle 14 Tage eine Abschlagszahlung von der Alfordsumme in bestimmter Höhe zum Lohn ausbezahlt werden. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses soll dem Arbeiter sein volles Anrecht auf den verdienten Ueberzuschuß der noch unbollendeten Alfordarbeit verbleiben.

Die weiteren Punkte in den Forderungen besagen, daß die Lohnzahlung am Schluß der Arbeitszeit beendet sein soll und daß den Arbeitern das erforderliche Werkzeug von der Werft geliefert werde. Bezüglich der Arbeiterausfälle wird verlangt, daß die Mitglieder derselben von den im Betriebe beschäftigten großjährigen Arbeitern nach der Verhältniswahl gewählt und daß alle großjährigen Arbeiter wählbar sind ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung.

Den Einrichtungen zum Schutz von Gesundheit und Leben wird ebenfalls in den Forderungen besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Die Unfallgefahr ist im modernen Schiffbau in der Tat recht groß; das Geschehen der Arbeiter, daß ihnen das Recht zugestanden werde, Vorschläge für die erforderlichen Einrichtungen zu machen, ist durch die verschiedenen Vorfälle begründet.

Schließlich wünschen die Arbeiter auch einen Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Es ist wohl das erste Mal, daß die Werftarbeiter mit dieser letztgenannten Forderung an die Unternehmer herantreten, sie ist durchaus zeitgemäß. Der heutige Arbeitsprozeß nimmt den ganzen Menschen auf äußerste in Anspruch, deshalb ist dem Arbeiter mindestens ebenso gut wie jedem anderen Menschen einmal im Jahre eine Frist zu gönnen, in der er sich erholen kann. Die Einrichtung ist ja übrigens keine Neuerung mehr, in vielen Staats- und Privatbetrieben hat sie bereits Eingang gefunden.

Es ist ganz entschieden zu tabeln, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband eine Bewegung mit solchen Forderungen, die zu weitgehenden Konsequenzen führen kann, wieder einseitig inszeniert hat. Anscheinend hat man im sozialdemokratischen Lager, aus der Werftarbeiterbewegung 1910, die beinahe eine Generalausförrung der deutschen Metallarbeiter im Gefolge hatte, nichts gelernt. Damals kam eine Einigung auf den Seeschiffswerften und die Vermeidung der Ausförrung erst durch den Druck der Öffentlichkeit und nach Zuziehung der übrigen Organisationsrichtungen zustande.

Allgemeine Rundschau.

1. Weltdeutsche Konferenz evangelischer Arbeiter.

Um Stellung zu nehmen zu den neuerdings heftig entbrannten Kämpfen um die gewerkschaftliche Organisation der evangelischen Arbeiterklasse, hatten sich am 22. Juni über 500 Vertreter der in den christlichen

Gewerkschaften organisierten evangelischen Arbeiter aus ca. 170 Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes im Ritzgerheim in Essen versammelt.

Gewerkschaftssekretär Schlabach-Dortmund eröffnete die Konferenz mit einer Würdigung des Kaiserjubiläums vom Arbeiterstandpunkte aus. Unter stürmischem Beifall der Versammlung wies er die gerade in dieser erhebenden Zeit nationalen Gedankens fast täglich erfolgenden unwahrscheinlichen, verhassten Angriffe sozialdemokratischer Zeitungen und Personen auf unseren Kaiser zurück. Die Arbeiterklasse habe allen Grund, mit Liebe und Verehrung zu Kaiser Wilhelm emporzuhallen, dessen Februarerlasse vom Jahre 1890 echt sozialen Geist atmen. „Wir christlich-nationalen Arbeiter stehen unerschütterlich zu unserem Kaiser. Wir halten ihm die Treue in guten wie in bösen Tagen.“ Zur Bekräftigung dieses Gelöbnisses brachte die städtische Versammlung ein dreimaliges donnerndes Hoch auf Kaiser Wilhelm II. aus.

Ueber „die evangelische Arbeiterklasse und die gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart“ hielt dann Gewerkschaftssekretär Meyer-Essen einen längeren Vortrag. Der Redner begründete ausführlich die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Mitarbeit der evangelischen Arbeiter in den christlich-nationalen Gewerkschaften. Eine andere Gewerkschaftsrichtung komme für bewußt evangelische Arbeiter nicht in Frage. Ebenso notwendig wie die Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften sei aber auch die Betätigung in den konfessionellen Arbeitervereinen. Jeder evangelische christliche Gewerkschaftler müsse Mitglied eines evangelischen Arbeitervereins sein und durch praktische Mitarbeit seinen Einfluß geltend machen, damit die einzelnen Vereine im Sinne der wiederholt gefaßten Beschlüsse geleitet würden, die eine Waffenbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften und gegenseitige Förderung befehligen. Das Hand-in-Handarbeiten beider Organisationen sei gegenwärtig umso wichtiger, als der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung in den gelben Gewerkschaften ein neuer, Gegner erstanden sei. Infolge der ihnen zur Verfügung stehenden Finanzkraft und der wirtschaftlichen Macht vieler Arbeitgeber sei es den Werkvereinen vielfach möglich, christlich-nationalen Arbeitern und evangelischen Arbeitervereinen Schwerkreuzen zu bereiten. Diese Möglichkeit hätten die Gelben bereits so nachdrücklich ausgenutzt, daß die rheinisch-westfälischen evangelischen Arbeitervereine sich veranlaßt gesehen hätten, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Es liege bereits der Beschluß vor, daß gelbe Wertvereine, die als Mitglieder von evangelischen Arbeitervereinen in den Vereinen für die gelbe Bewegung agitieren oder öffentlich gegen Beschlüsse und Kundgebungen der evangelischen Arbeitervereine Stellung nehmen, ausgeschlossen werden. In diesem Abwehrkampf der evangelischen Arbeitervereine müsse jeder evangelische christliche Gewerkschaftler seinen Mann stehen. Der Redner gab im Laufe seiner Darlegungen folgende Aufstellung über die Beiträge der Werkschlichter zu den Kassen der gelben Vereine bekannt, wobei er betonte, daß das nur ein Teil der Werksbeiträge sei, da viele Vereine die ihnen vom Unternehmer geschenkten Summen nicht nennen. Es erhielten die Wertvereine von

Möckling-Wülfringen	50 885 M.
Chemische Fabrik Bönnigen	3 000 "
Körtingsdorfer Werke	20 000 "
Hurbacher Hütte	31 412 "
Schulzfabrik Wessels, Augsburg seit 1907	15 000 "
Wert Augsburg 1905	140 000 "
1911	104 455 "
Grübaer Stanz- und Emailierwerk F. C. Wellinger	10 000 "
Vorgellansfabrik Weiden F. C. Wellinger	3 000 "
Gebr. Baumann, Amberg	10 000 "
Boith, Heidenheim	125 000 "

Summa 512 702 M.

Mit der Mahnung zu unermüdlicher Weiterarbeit schloß Kollege Meyer seine Ausführungen, für die er den lebhaftesten Beifall erntete. Im Anschluß daran wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heute im Ritzgerheim zu Essen tagende, von über 500 Personen besuchte Vertreterkonferenz evangelischer christlich-nationaler Arbeiter spricht dem rheinisch-westfälischen Verband evangelischer Arbeitervereine ihren Dank und Anerkennung aus für die tapfere Haltung gegenüber der gelben Bewegung.“

Die Vertreter geloben, dahin zu wirken, daß sich alle evangelischen Kollegen der christlich-nationalen Gewerkschaften den evangelischen Arbeitervereinen anschließen und letztere im Kampfe gegen die gelben Wertvereine aufs nachhaltigste unterstützen.

An die auf christlich-nationalen Boden stehenden evangelischen Berufscollegen richtet die Konferenz den Appell, sich soweit es noch nicht geschehen ist, den Christlich-nationalen Gewerkschaften anzuschließen, weil gegenüber der geschlossenen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung nur eine einheitliche geschlossene christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung sich durchzusetzen und die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen vermag.

Die gelben Wertvereine können wegen ihrer Abhängigkeit und Unselbständigkeit, aber auch aus sittlich-religiösen sozialwirtschaftlichen und nationalen Gründen nicht als Interessenvertretung einer selbstbewußten und charakterfesten Arbeiterklasse angesehen werden.

Am den lebhaftesten Diskussion beteiligten sich u. a. die Vertreter Michaelis-Böckum, Wyras-Buer, Aussen-Mellinghausen, Sillensbrandt-Wenden, Müller-Schwein, van Schuie-Düsseldorf, Gewerkschaftssekretär Baltrusch-Pöhl und Reichstagsabgeordneter Wehren-Essen. Letzterer erklärte, daß durch das Entstehen der gelben Bewegung der nationale Gedanke in der Arbeiterklasse schwer geschädigt worden sei. Ferner wies Abg. Wehren auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Jugendarbeit in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hin.

Nach einem kurzen Schlußwort des Gewerkschaftssekretärs Meyer und einem begeisterten Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung wurde die Konferenz geschlossen.

An die christlich-nationalen Gewerkschaften, sowie an die Funktionäre und Vorstände der Kartelle und Zahlstellen.

Am 18., 19. und 20. September 1913 findet in Leipzig im Theatersaal des Rathhaus-Palastes, Wintergartenstr. 17, die Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerke- und Kaufmannsgewerkschaften statt. Die reichhaltige und interessante Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht. 2. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag. Referent: Dr. Brenner-München. 3. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag. Referent: Dr. Baum-Schöneberg. 4. Die Nachprüfung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag.

Referent: Dr. Walbmüller-Stuttgart. 5. Grundgedanken und Möglichkeiten eines einheitlichen Arbeitsrechtes für Deutschland. Referent: Dr. Einzheimer-Frankfurt a. M., 6. Aufrechterhaltung und Verschärfung des Arbeitslohnes. Referent: Dr. Hüller-Frankfurt a. M., 7. Die zivilprozessuale Bedeutung der Schiedsgerichte, der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte. Referent: v. Schulz-Berlin. 8. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Referenten: Fritz Mantel-Leipzig und Gronowalt-Berlin. 9. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Referenten: Dr. Wagner-München und Rechtsanwalt Busch-Blabach.

Die Verbandsversammlung soll vorwiegend dem freien geistigen Austausch von Erfahrungen und zur Belehrung dienen. Auch die Beisitzer solcher Gewerbegerichte, die nicht Verbandsmitglieder sind, sind willkommen. Wir empfehlen den Gewerbegerichtsbeisitzern, die auf christlich-nationalem Boden stehen, den Besuch der Tagung. Ferner bitten wir die Gewerbegerichtsbeisitzer, an die Gemeindeverwaltungen, welche für ihre Gewerbegerichtsbarkeit zuständig sind, heranzutreten, zwecks Übernahme der Delegationskosten nach Leipzig. Die Gemeinden haben solche Kosten in den meisten Fällen freiwillig übernommen. Wo dieses nicht der Fall sein sollte, oder der Betrag nicht ausreicht, müssen die Gewerbegerichtsbeisitzer den Besuch ermöglichen. Wegen Beschaffung von Logis mögen sich die Kollegen an den Vorsitzenden des Leipziger christlichen Gewerkschaftskartells, Arbeitersekretär Fritz Knollmann, Leipzig, Czermaßgasse 9 II. wenden. Das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften möchte, bei dieser Gelegenheit gerne die christlich-nationalen Gewerbegerichtsbeisitzer vorher zu einer Konferenz vereinigen, um mit ihnen mehr noch als bisher in Fühlung zu kommen und um ihnen gleichzeitig von einem Fachmann einen aktuellen Vortrag halten zu lassen. Die vor dem Verbandstag stattfindende Konferenz aller christlich-nationalen Beisitzer findet am 17. September, nachmittags 2.30 Uhr statt. Tagesordnung und Lokal wird den Kollegen noch bekannt gegeben. Wir bitten nun unsere Gewerbegerichtsbeisitzer, die teilnehmen wollen, sich baldmöglichst unter Angabe ihrer genauen Adresse am Generalsekretariat zu melden, damit ihnen alles Nähere mitgeteilt werden kann. Ebenso werden die Funktionäre, Kartell- und Zahlstellenvorstände gebeten, ihre Gewerbegerichtsbeisitzer auf die Tagung aufmerksam zu machen und ihre Anmeldung an das Generalsekretariat zu veranlassen.

Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften.
Cöln, Benloerwall 9 II.

Die 7. Generalversammlung des christlichen Lederarbeiter-Verbandes

Am Mitte Juni in Offenbach statt. Die Generalversammlung besaßte sich mit einer Neuordnung des Beitrags- und Unterstützungswesens, Agitation, Lohnbewegungen und dem Hausarbeitsgesetz, wovon besondere Referate erstattet wurden. Laut Geschäftsbericht hat der Verband in der Berichtsperiode seine Mitgliederzahl von 5107 auf 5988 gesteigert; zur Zeit beträgt die Mitgliederzahl 6500. Die Einnahmen betrugen 296 641 M., denen eine Ausgabe von 224 298 M. gegenübersteht. Von den Ausgaben entfallen rund 90 000 Mark auf Unterhaltungen. Einschließlich der Lokalkassen beträgt das Vermögen 88 207 Mark. In der Berichtszeit wurden 99 Lohnbewegungen geführt mit 2728 beteiligten Verbandsmitgliedern. Der christliche Lederarbeiterverband ist an 43 Tarifverträgen beteiligt. Für die beteiligten Mitglieder wurden Lohnhöhungen erzielt im Betrag von zusammen 173 639 Mark pro Jahr, ferner Arbeitszeitverkürzungen von 102 024 Stunden. Pro Mitglied macht das im Durchschnitt 74 Mark Lohnhöhung und 123 Stunden Arbeitszeitverkürzung im Jahr aus, außer den vielen sonstigen Verbesserungen, die durch die Tätigkeit der Organisation erreicht werden konnten.

Der Verband Westdeutscher Konsumvereine

hat auch im Jahre 1912 eine erfreuliche Entwicklung genommen. Im Laufe des Jahres sind 36 Konsumvereine neu beigetreten, ausgetreten sind 8, wovon sich 5 mit anderen Verbandsvereinen verschmolzen haben. Am Jahresabschluss waren vorhanden 131 Vereine mit 97 606 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl weist für 1912 eine Zunahme von 21 604 oder 28,4 Proz. auf.

Der Umsatz im eigenen Geschäft betrug im Jahre 1911 Mark 23 329 966, dagegen im Jahre 1912 Mark 32 183 758,03. Der Mehrumsatz beträgt Mark 8 853 792,03 oder 37,8 Prozent. Der Umsatz im Lieferantengeschäft stieg nur um 12,8 Proz., eine Steigerung, die in den nächsten Jahren wohl noch mehr zurückgehen wird, da das Lieferantengeschäft von den Konsumvereinen nur als notwendiges Übel betrachtet wird. Der Umsatz des Lieferanten betrug 1911 Mark 3 773 911 und im Jahre 1912 Mark 4 256 077,35, also mehr Mark 482 166,35.

Der Gesamtumsatz betrug demnach 1911 Mark 27 103 877, dagegen 1912 Mark 36 439 835,38. Der Mehrumsatz erreicht also die respektable Höhe von Mark 9 335 958,38, gleich 34,4 Prozent. In dem Umsatze ist wie im Vorjahre auch derjenige der Groß-Einkaufs-Zentrale mit eingerechnet, weil diese ja auch als genossenschaftliches Unternehmen dem Verbande angehört.

Eigenproduktion betrieben 5 Vereine. 3 besitzen Bäckereien, 2 Metzgereien. 2 Verbandsgenossenschaften sind reine Produktionsgenossenschaften. 1 Verein betreibt Druckerz und eine Genossenschaft Zigarettfabrikation. Die Höhe des Umsatzes der Eigenproduktionsbetriebe beträgt Mark 1 892 342,72. Dieser Betrag erscheint zum Gesamtumsatz noch recht bescheiden, doch dürfte sich im laufenden Jahre dieses Verhältnis wesentlich ändern, da in der Eigenproduktion erhebliche Fortschritte von den Verbandsvereinen gemacht werden. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 1397, davon 1005 weibliche und 392 männliche. Der Uberschuß der Verbandsvereine erreichte die Höhe von 943 391 Mark. Hieron wurden 678 780 Mark auf den Einkauf der Mitglieder zurückvergütet. Außerdem erhielten die Mitglieder den festgesetzten Rabatt in Höhe von Mark 1 679 203,57. Die gesamte Rückvergütung betrug demnach Mark 2 657 984.

Das Organ „Der Konsumverein“ wurde am 1. Januar 1913 in 33 271 Exemplaren bezogen, welche Zahl sich mittlerweile auf 42 336 erhöht hat. Die Konsumgenossenschaftliche Praxis hat eine Auflage von 1460 am 31. Dezember 1912. Auch diese Zahl ist mittlerweile auf 1609 gestiegen.

Im Laufe des Berichtsjahres wurde die Groß-Einkaufs-Zentrale westdeutscher Konsumvereine gegründet. Diese nahm mit dem 1. Juli ihre Tätigkeit auf. Während der Monat Juli einen Umsatz von Mark 309 826 verzeichnete, wurden im Dezember schon Mark 679 836 erreicht. Der Gesamtumsatz in den 6 Monaten betrug Mark 3 185 828, ein außer

Anfang, der wenn die Vereine ihrer eigenen Sache trenn bleiben, zu den besten Hoffnungen in der Zukunft berechtigt.

Damit hätten wir kurz die Erfolge dargelegt, welche der Verband westdeutscher Konsumvereine ziffernmäßig im Jahre 1912 aufzuweisen hat.

Mit Rücksicht auf die zahlreichen Schwierigkeiten, welche der Genossenschaftsbewegung gemacht werden, kann der Westdeutsche Verband mit seiner Entwicklung im Jahre 1912 wohl zufrieden sein. In diesen Erfolgen aber liegt auch die Gewähr für weiteres erfolgreiches Arbeiten in der Zukunft; man darf ruhig sagen, der Genossenschaftsgebäude marschierte in den christlichen Arbeiterkreisen.

Das Ende einer sozialdemokratischen Lüge.

Während der Arbeiterbewegung im Saarrevier veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung“ eine Broschüre aus Genossenschaftskreisen (Wer denkt da nicht an Otto Hue) in der gesagt wurde, die Bewegung sei eine von den „Christen inszenierte Komödie“.

Der Zweck sei augenscheinlich, angesichts des gescheiterten Vertrauens der Saarbergleute zum christlichen Gewerksverein, das sich bereits in einer starken Mitgliederflucht bemerkbar gemacht habe, irgend etwas zu unternehmen. In Wirklichkeit hätte der Gewerksverein christlicher Arbeiter bereits schon früher dem Staatssekretär Delbrück das Versprechen abgegeben, an der Saar auf das Streikrecht zu verzichten.

Wegen dieser Verbürgungen und unwahren Behauptungen strengte der Vorstand des Gewerksvereins gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankf. Ztg.“ Beleidigungsklage an, die am 27. Mai vor dem Schöffengericht in Essen zur Verhandlung kam. Der Beklagte ließ durch seinen Verteidiger erklären, daß von vornherein darauf verzichtet würde, den Wahrheitsbeweis anzutreten! Einmal weil die unwahren Behauptungen nicht bewiesen werden konnten schreibt der „Vergnapp“, und zum anderen weil damit ein prozessualer Grund gegeben war, die vom Gewerksverein beantragte Vernehmung des Staatssekretärs Delbrück zu verhindern.

Rechtsanwalt Dr. Wallach II, der die Klage vertrat, bemühte sich, die Vernehmung des Staatssekretärs Delbrück als Zeugen zu erreichen. Da ja der Beklagte auf den Wahrheitsbeweis verzichtet habe, könne man über die prozessuale Zulässigkeit des Antrages im Zweifel sein, er halte es aber im Interesse der Kläger für notwendig, damit endlich einmal durch Delbrück selbst, das Märchen vom dem Streikverzicht, aus der Welt geschafft würde. Das Gericht lehnte den Antrag ab, da nicht im geringsten versucht würde, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Der gegnerische Anwalt nahm für seinen Mandanten den Schutz des Paragr. 193 in Anspruch, weil er von dem Einsender des Berichtes um Aufnahme ersucht worden sei. Das Urteil lautete auf 50 Mark Geldstrafe und auf Publikationsbefugnis in der „Frankfurter Ztg.“ und dem „Vergnapp“.

Durch den Prozeß ist also wieder einmal einer sozialdemokratischen Lüge gründlich der Hals umgedreht. Die Redaktion der „Frankf. Ztg.“ wird in Zukunft wohl etwas vorsichtiger sein, und sich so leicht nicht wieder ein Ruckstück ins Nest legen lassen.

Hirsch-Dunder'sche Gewerkschaft oder liberaler Arbeiterverein.

Am den Senat der freien und Hansestadt Lübeck wurde kürzlich von Arbeiterseite eine Eingabe gerichtet, worin um die Errichtung einer kommunalen paritätischen Arbeitsnachweisanstalt gebeten wird. Sonderbar ist, wie seitens der Betenden Hirsch-Dunder'sche Gewerkschaft und liberaler Arbeiterverein vermengt werden. Auf Seite 3 der Eingabe heißt es:

„Der Verein liberaler Arbeiter und Angestellten für Lübeck und Umgegend (der Ortsverband der deutschen Gewerksvereine Hirsch-Dunder) richtet deshalb als Mitvertreter der auf bürgerlicher Grundlage stehenden Arbeiter- und Angestelltenvereine die dringende Bitte an den hohen Senat . . .“ usw. Am Schluß der Eingabe, Seite 4, heißt es noch einmal: „Der Verein liberaler Arbeiter und Angestellten für Lübeck und Umgegend (der Ortsverband der deutschen Gewerksvereine Hirsch-Dunder) in Lübeck hofft nach diesen Darlegungen zuversichtlich darauf, daß seiner Bitte seitens des hohen Senats geneigtest entprochen wird.“

Die Fassung dieser Eingabe läßt keinen anderen Schluß zu, als daß sich die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine in Lübeck nur als eine Unterabteilung, als ein Anhängel des Vereins liberaler Arbeiter und Angestellten betrachten. Ein neuer Beweis für die parteipolitische „Neutralität“ der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinsrichtung.

Streits und Lohnbewegungen.

Tarifabschluß im Danziger Klempnergewerbe

Die seit dem 1. April d. J. schwebenden Verhandlungen für das Klempner-, Installations- und Heizungs-gewerbe sind am 10. Juni erfolgreich zu Ende geführt worden. Die Arbeiterschaft kann mit dem Erfolg zufrieden sein, zumal der Abschluß durch friedliche Verhandlungen zustande gekommen ist. Die Gehäufenschaft rechnete, als am 19. Mai d. J. die Verhandlungen von den Arbeitgebern abgebrochen wurden, mit einer Aussperrung infolge der Einsicht der sozialdenkenden Arbeitgeber innerhalb des Arbeitgeberverbandes gelang der Abschluß des Vertrages ohne Kampf. Der Tarif wurde abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeberverband der Klempnereien und einschlägiger Gewerbe von Danzig und Umgegend und der hiesigen Klempner-Znnung einerseits und dem Christlichen Metallarbeiterverband und dem Deutschen Metallarbeiterverbande andererseits.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Vom 1. April 1915 ab 9½ Stunden. An Sonnabenden ist eine Stunde, an den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist 2 Stunden früher Feierabend. Für die ersten 2 Stunden nach der regulären Arbeitszeit wird ein Zuschlag von 25 Prozent (für die übrigen Stunden 50 Prozent) Zuschlag gewährt. Rhythmus ist es auch in Danzig gelungen, dank der Organisation, die 9½stündige Arbeitszeit zu erreichen. Der Lohn beträgt:

1. Für solche Monteure und selbständig arbeitende Ge-

lagen herstellen können pro Stunde 58 Pfg., vom 1. April 1914 ab 60 Pfg., vom 1. April 1915 ab 64 Pfg.

2. Für selbständige Dacharbeiter auf Neubauten pro Stunde 56 Pfg. vom 1. April 1914 ab 58 Pfg., vom 1. April 1915 ab 62 Pfg.

3. Für alle übrigen Gesellen und Monteure 53 Pfg. vom 1. April 1914 ab 55 Pfg., vom 1. April 1915 ab 59 Pfg.

Für diese Gehältern und Monteure ist eine Aufbesserung der Löhne von 90 Pfg. pro Tag innerhalb 3 Jahren erreicht worden. Ausgelernte erhalten im ersten Jahr nach bestandener Gesellenprüfung nicht unter 36 Pfg., ab 1. April 1915 nicht unter 38 Pfg. Diese Festsetzung war notwendig, um die jungen Kollegen, die nach dem alten Tarif keinen festen Lohn verlangten, mithin in der Entlohnung vom Gutdünken der Meister abhängig waren, ein Recht auf festen Lohn geben.

Die Löhne der Gesellen, welche infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen oder wegen hohen Alters minderleistungsfähig sind, sowie die Löhne der Helfer-, Hilfs- und Sofarbeiter wurden ebenfalls geregelt. Die Aufbesserung beträgt für diese Kollegen 40, 50 und 60 Pfg., verteilt auf 3 Jahre, je nach der Art der Beschäftigung. Soweit die vorgenannten alle bereits diesen Lohn haben erhalten sie eine Lohnzulage von 2 Pfg. pro Stunde.

Von unserem Verband waren 62 Kollegen an der Veranlagung beteiligt. Für 47 wurde eine Aufbesserung von 90 Pfg. innerhalb 3 Jahren pro Tag an Mehrverdienst erreicht. Die übrigen erhielten 40—60 Pfg. Aufbesserung. Das ist gewiß ein schöner Erfolg. Wenn wir die Summe des Mehrverdienstes zusammenstellen, so ergibt dieses den ansehnlichen Betrag von 14 940 M., nicht eingerechnet konnte der Mehrverdienst der Junggesellen werden, weil hierfür kein sicheres Material vorhanden ist. Fest steht aber, daß einzelne Gesellen im ersten Jahre nach der Gesellenprüfung mit 25—30 Pfg. pro Stunde entlohnt wurden. Würden wir diese Summe umrechnen, so würde mindestens ein Mehrverdienst von 20—22 000 M. zu verzeichnen sein, welcher durch den Abschluß des neuen Tarifes für unsere Mitglieder errungen wurde.

Neben diesen materiellen Erfolgen ist noch besonders hervorzuheben, daß die Lohnzahlung fortan am Freitag stattfindet und nicht wie früher am Sonnabend. Dadurch wird namentlich den verheirateten Arbeitern der Einkauf der Lebensbedürfnisse erleichtert. Mögen jetzt aber auch die Kollegen, die in den Genuß der Freitagsentlohnung gekommen sind, dafür sorgen daß die Einwendungen, die von den Arbeitgebern gegen die Freitagsentlohnung erhoben wurden, sich als trügerisch herausstellen.

Im Vertrag ist ebenfalls festgelegt, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen. Desgleichen wurde ein Schiedsgericht, bestehend aus 6 Personen, mit dem jeweiligen Vorsitzenden des Gewerbegerichtes als unparteiischer Vorsitzender des Schiedsgerichtes gebildet, um Streitigkeiten, die sich bei Auslegung des Vertrages ergeben sollten, zu schlichten.

Der Tarif tritt am 14. Juni 1913 in Kraft und endet am 31. März 1916. Jedoch verlängert sich derselbe stillschweigend um ein Jahr, wenn er von keiner Seite aufgekündigt wird. Durch den Abschluß dieses Tarifvertrages ist es der Organisation gelungen, große Vorteile für die Kollegen im Klempnergewerbe zu erringen. Mögen jetzt alle Kollegen an der Durchführung des Vertrages mitwirken und der Organisation die errungenen Vorteile durch treue Pflichterfüllung danken. Mögen auch die übrigen Kollegen des Danziger Klempnergewerbes deren Arbeitsverhältnis noch nicht tariflich geregelt ist, von den Kollegen im Klempnergewerbe lernen, daß nur durch eine geschlossene Organisation solche Vorteile zu erringen sind. Darum muß es das Bestreben aller organisierten Kollegen sein, immermehr die Reihen des christlichen Metallarbeiterverbandes zu stärken, weil diese Organisation die Interessen der Kollegen mit Geschick und Konsequenz vertritt.

Der Streik bei der Firma Meyer in Kall erfolgreich beendet.

Die Arbeiter der Triebfabrik Meyer und Comp. in Kall-Kall erzielten nach sieben-tägigem Streik einen guten Erfolg. Am 23. April 1913 wurden Forderungen eingereicht, welche eine zehnprozentige Lohnhöhung für alle Arbeiter mit Ausnahme der Presser vorsahen. Weiter sollten Einstellungs-löhne festgesetzt werden. In der Presserei sollten den Arbeitern, weil diese vornehmlich im Afford tätig sind, für Lohnarbeit zwei Drittel des Affordüberschusses zum Lohn bezahlt werden. Auf diese Forderungen erteilte die Firma am 9. Mai eine schriftliche Antwort, die wohl eine Prüfung der Afforde in Aussicht stellte, aber sonst keine Zugeständnisse machte. Besonders lehnte das Werk bestimmte Einstellungs-löhne ab. Um nicht wegen der mehr oder minder problematischen Natur der Einstellungs-löhne einen Prinzipienkampf zu entfesseln, wurden die Forderungen neu formuliert und eingereicht. Diese lauteten:

1. Die bestehenden Löhne sind um 8—12 Prozent zu erhöhen.

2. Die Prüfung und Regulierung der Affordbreite soll bis zum 15. Juli erfolgt sein, und zwar in der Weise, daß die Arbeiter im allgemeinen mindestens 25 Prozent über ihren Grundlohn verdienen können.

3. Müssen Arbeiter, die in der Regel im Afford arbeiten, auch einmal Lohnarbeit verrichten, so ist denselben für diese Zeit ihr durchschnittlicher Verdienst zu zahlen. Wenn tritt dieses ein, wenn durch Fehler im Material die Arbeiter ihren Verdienst nicht erreichen können, sowie, wenn die Arbeit ohne Verschulden des Arbeiters eine Unterbrechung erleidet, die länger als eine halbe Stunde dauert.

Aber auch diesen Forderungen gegenüber verhielt sich die Firma vollständig ablehnend, weshalb die Arbeiter am 12. Juni ihr Arbeitsverhältnis aufkündigten. Darauf wurde den Arbeitern von der Firma bedeutet, sofort die Fabrik zu verlassen, welches auch fast vollständig geschah. Nur einige Arbeiter wurden wegen ihres hohen Alters im Betrieb belassen. Dieses Merkmal muß die Firma wohl sehr übertraut haben, bis kurz vor dem Streik lehnte sie jede Ausdrucksweise mit der

Verbandsvertretern ab. Nachdem der Betrieb vollständig ruhte, verhandelte die Firma mit den Organisationsvertretern. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist folgendes:

1. Die Arbeitslöhne sollen bei nachfolgenden Arbeiter-Kategorien herabgesetzt und festgesetzt werden, daß die nachstehend bezeichneten effektiven Stundenlöhne verbüßt werden können: 1. Anstreicher 55 Pfg., 2. Verpacker 50 Pfg., 3. Schmiede 65 Pfg., 4. Dreher 70 Pfg., 5. Hobler und Stoßer 80 Pfg., 6. Bohrer 52 Pfg., 7. die Schlosser der Triebwerksfabrik 65 Pfg., soweit sie über 25 Jahre alt sind.

2. Die Schreiner sollen einen Stundenlohn von 65 Pfg. erhalten.

3. Die Zuschläger sollen in Zukunft am Akkord des Schmiedes beteiligt werden.

4. Die Festsetzung der Akkordlöhne soll bis zum 1. September 1913 abgeschlossen sein.

5. Bei Unterbrechung des Akkordes ohne Schuld des Arbeiters wird für die entsprechende Zeit eine von Fall zu Fall festzusetzende Zulage zum Stundenlohn bewilligt.

Durch diese Zugeständnisse erhalten Mehrverdienst: Anstreicher 10 Proz., Verpacker 9,1, Schmiede 9,8 Dreher 23,5, Hobler und Stoßer 11,1, Bohrer 9,4, Schlosser 22, Schreiner 5,8, Scherenarbeiter 7,2, und die Hämmerei 19,2 Proz.

So weit diese Arbeiter in Frage kommen, sind die Zugeständnisse zum Teil recht bedeutend und zufriedenstellend. Zu bedauern ist, daß die Firma den schlecht entlohnenden Hilfsarbeitern unter keinen Umständen entgegen kam. Es wird darum unsere Aufgabe sein, für die Hilfsarbeiter das Verfügbare nachzuholen. Dies ist möglich, wenn diese weiterhin treu zur Organisation stehen und immer wieder ihre Forderungen erheben. Auf einen Sieg fällt kein Baum. Mit zäher Ausdauer müßt ihr an der Organisation festhalten, dann wird in der Zukunft der Erfolg nicht ausbleiben können. Das selbe gilt auch für die übrigen Arbeiter. Bei der Regelung des Akkordsystems werden Differenzen nicht ausbleiben und müssen deswegen die Kollegen jederzeit gewappnet sein. Es ist nicht ausgeschlossen, sogar sehr wahrscheinlich, daß in der Zukunft der Kampf um die Durchführung der Zugeständnisse ein heftiger wird.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnverregungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Bremen. Die Klempner stehen zwecks Abschlusses eines neuen Tarifvertrags im Streik.

Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Rhénania stehen die Arbeiter im Streik.

Beverungen a. d. W. Die dem christlichen Metallarbeiterverband und dem christlichen Holzarbeiterverband angehörenden Arbeiter der Holzwarenfabrik von E. Rose stehen wegen Lohnhöhen im Streik.

Düsseldorf. Die Former und Gießereiarbeiter der Firma Windscheid & Wendel stehen im Streik.

Essen. Die Arbeiter des Drahtwerkes Rhénania stehen wegen Lohnhöhen in Kündigung.

Breslau. Die Untergestellbauer der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen im Streik, das ganze Werk ist gesperrt.

Zugzug ist fernzuhalten.

Wien-Kalk. Die Differenzen bei der Firma Mayer und Comp. sind beigelegt.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. Juni, der liebenundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. Juni bis 5. Juli 1913 fällig.

Die Verwaltungsstelle Duisburg erhält die Genehmigung, vom 1. Juli ab einen Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Woche zu erheben. Die Nichtbezahlung des Lokalbeitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet

Düsseldorf. Unsere Verwaltungsstelle hielt am Donnerstag, den 12. Juni eine stark besuchte Vorstandes- und Vertrauensmännerversammlung im Paulushaus ab. Einleitend gedachte der Vorsitzende Kollege Leupke, des Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelm II., dessen Regierung dem gesamten deutschen Volke und auch dem Arbeiterstande Segen gebracht habe. Wir als christlich-nationale Arbeiter freuen uns über die 25jährige Regierungszeit und werden niemals vergessen, welchen warmen Anteil gerade der Kaiser an den Interessen unseres Standes gezeigt hat. Sein sozialpolitisches Programm, welches den Ausbau der Versicherungsgegebung, der Gewerbeordnung etc. einer Nachprüfung und Erweiterung unterzogen wissen wollte, hat viel zur Besserung der Verhältnisse beigetragen. Größere Arbeit bleibt allerdings noch für die Arbeiter der Großindustrie zu tun übrig, deren überlange Arbeitszeit wirklich kein Ruhmesblatt für die deutsche Metallindustrie ist. In der Sozialpolitik sind bedeutende Erfolge errungen worden. Das letzte Werk, die Reichsversicherungsordnung, hat etwa 150 bis 200 Millionen Mark Mehrleistungen gebracht. Sind auch noch Schattenseiten in der glänzenden Entwicklung unseres deutschen Wirtschaftslebens vorhanden, so wollen wir christlich-nationale Arbeiter nie vergessen, daß nicht alles Heil durch Staatshilfe zu erreichen ist, sondern die berechtigten Selbsthilfe mitwirken muß.

Weiter gibt es in unseren Tagen viele Arbeitgeber, die den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter ablehnend gegenüberstehen und statt Lohnhöhen zu gewähren, gelbe Vereine gründen. Das ist unedelmütig und wir müssen alles tun, daß der echte deutsche Geist zurückkehrt, dem jedes Parasiten- und Kriechertum fremd ist. Aufrichtige, Vaterländische und nationale Gefühle sind es, welche die christlich-nationale Metallarbeiterchaft befeuert, mit freudigem Dank bringen wir dem Kaiser unseren Glückwunsch dar und rufen mit allen treuen Deutschen: „Gott erhalte unseren Kaiser!“ Alletting himmen die Kollegen diesen Ausführungen zu.

In einem Rückblick über die Tätigkeit der letzten Wochen, den Kollegen Gratuliert, wurde insbesondere die Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen bei den Verhandlungen hervorgehoben. Die

Versuche der Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ohne die christliche Metallarbeiterchaft Bewegungen nach sozialdemokratischem Muster zu machen, haben mit Niederlagen geendet. Bei dem Vorgehen auf der Rheinischen Metallwarenfabrik spielte der Reichs-Düsseldorfer Gewerkschaftsverein den Schleppenträger und dessen Führer rannte hinter den Genossen her. Wie uns einwandfrei mitgeteilt wurde, haben die Genossen die Sperre trotz ihrer offensichtlichen Auslosigkeit deswegen so lange aufrecht erhalten, um unter dem Deckmantel der Sperre recht viele Mitglieder des roten Verbandes dort in Arbeit treten zu lassen. Es sind auch entgegen den gestellten Beschäftigten Überstunden über Überstunden geleistet worden; dieserhalb kam es unter den Genossen selbst zu recht brüderlichen Auseinandersetzungen. Zur rechten Zeit haben die christlich organisierten es verstanden, diejenigen Erfolge herauszuheben, welche heute die Genossen für sich zu reklamieren suchen, die sie damals aber in Grund und Boden verurteilten. Prozentuale Zuschläge für Überzeitarbeit, Lohnhöhen für einen Teil der niedrig entlohnenden Arbeiterchaft, die weit über 20 000 Mark im Jahre ausmachen, sind einzig unserem Vorgehen zuzuschreiben. Die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hat trotz der Reichstagsabgeordneten Spiegel und Saberland nur erreicht, daß mehrere Hunderte ihrer Mitglieder aus gutbezahlten Stellen kamen und eine Anzahl Akkordlöhne einer gründlichen Revision unterzogen wurden, weil eine Reihe Genossen die Taschen nicht voll genug bekommen konnten.

Eine andere gerade so unsinnig begonnene Bewegung ist die auf der Maschinenfabrik „Rheinland“, welche gegen den Willen der maßgebenden Führer inszeniert wurde. Trotzdem tragen sie die Schuld, weil sich hier der radikalste Teil der von ihnen erzogenen Mitglieder befindet. Mehrere Male hat selbst die Hauptleitung in Stuttgart die Genehmigung zum Streik erteilt. Auch in diesem Falle soll das geschehen sein, weil die Frauenarbeit in der Kugelfabrikation nicht mehr zu umgehen und in den anderen deutschen Werken fast reiflos durchgeführt sei. Heute streifen diese Herren trotzdem, und es müssen Konzerte veranstaltet werden, um sie zu unterstützen. Die Führer erklären offen, was die Mitglieder auf „Rheinland“ machen, ist nichts weiter wie ein Putsch, haben jedoch nicht den Mut, ihren Mitgliefern zu sagen, was ist. Im Gegenteil besah man noch die Freiheit, auch die christliche Arbeiterchaft zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Wie mitgeteilt wird, ist bereits eine ganze Anzahl Gewerkschaftssozialisten dem gegründeten gelben Verein beigetreten und ein weiterer Teil hat die Arbeit nach Eintritt in diesen Verein wieder aufgenommen.

Weitere Bewegungen brachten schöne Erfolge für die Kollegen. Diese hat nun nicht allein, wie er fälschlich behauptet, der sozialdemokratische Verband errungen, sondern unsere Mitglieder und Verwaltung haben genau dieselbe Arbeit hierzu geleistet. So bei Memminger-Matingen, Zeise u. Reil-Neuf, Schulz u. Viehl-Rath, Hohenzollern-Grabenberg, Delawerle-Grabenberg, Vastautomobilfabrik-Matingen, Bahn-Neuf, Memminger und In-Altenture und die Brücklempner. Eine Reihe Bewegungen sind noch nicht abgeschlossen. Bei der Firma „Rhénania“ und bei Windscheid u. Wendel stehen unsere Mitglieder gemeinsam mit den Angehörigen der anderen Organisationen im Streik. Diese Tatsachen widerlegen am besten die heimlich gegen unsere Bewegung betriebenen Verleumdungen der rosaroten und knallroten Gegner, als wenn wir von irgend jemand abhängig wären oder eine Rechtschönkung vorgenommen hätten. Weil wir von niemanden abhängig sein wollen, sondern unsere Selbstständigkeit mit aller Entschiedenheit zu verteidigen wissen, muß man halt schon ein bißchen verstanden zur Vergeßlichkeit der Wahrheit. Organisationen gegenüber, welche die Arbeiterinteressen mit Füßen treten, die deutsche Vertragstreue verletzen und zweifelhaft Angehörige noch stützen, ist unserer äußerste Vorsicht am Platze.

Die Versammlung erklärte nach ergänzender Diskussion ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. Weiter wurden neue taktische Maßnahmen beraten, die trotz der schwierigen Situation eine größere Agitationsmöglichkeit bieten und die Erhaltung der gewonnenen Mitglieder bezwecken. Notwendigerweise ergab sich eine Festlegung der Bürozeiten. Es wurde bestimmt, daß unser Büro in der Zeit von 8.30 bis 9.30 Uhr, von 11 bis 1 Uhr und von 5 bis 8 Uhr täglich geöffnet, die andere Zeit zur Erledigung der Arbeiten geschlossen bleiben soll. Wir eruchen die Berufskollegen, diese Zeiten einzuhalten.

Bodenwöhr. Am Sonntag, den 15. Juni fand hier eine von unserem Verband einberufene stark besuchte Hüttenarbeiterversammlung statt. Als Referenten waren erschienen Herr Landtagsabgeordneter Baumann und Kollege Heilig-Imberg. Auf besonderen Wunsch der hiesigen Arbeiterchaft war vom Kollegen Heilig Herr Bergrat Stoeger eingeladen worden, der auch erschienen war. Nach einer Begrüßungsansprache durch Kollegen Heilig wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es handelte sich vor allem um Fragen der Behandlung. Die Referenten griffen zurück auf die Zeiten vor dem jetzigen Herrn Amtsvorstande. Durch die Behandlung der früheren Herren ist die Arbeiterchaft von Bodenwöhr gar manchemal in Erregung gekommen. Von unserem Verband wurde alles versucht, um eine Aenderung herbeizuführen. Unsere Arbeit war nicht umsonst. Alle Herren sind verschwunden. Der neue Amtsvorstand hat jetzt aber die schwere Aufgabe, das Vertrauen der Arbeiter wieder zu gewinnen. Näher eingegangen wurde auf die Behandlung durch den Herrn Oberingenieur und den Meister Steinäder. Ueber den letzteren sind in letzter Zeit eine Reihe von Klagen laut geworden. Besonders fraße Fälle wurden vorgetragen und der Herr Bergrat um Abhilfe ersucht. In der Diskussion nahm der Herr Bergrat das Wort und erklärte, daß jeder Arbeiter zu ihm mit Beschwerden kommen dürfe. Ganz besonders freute es die Versammlung, daß der Arbeiterauschuss wieder zur Geltung kommen solle. Derselbe solle zu den Verhandlungen zugezogen werden. Unter dem früheren Regiment stand der Arbeiterauschuss fast nur noch auf dem Papier. Für die Arbeiterchaft gilt es jetzt, fest zusammenzukommen. Was jahrelang vernachlässigt wurde, wird zwar in einigen Tagen nicht wieder gut gemacht werden können. Aber wir haben Aussicht, daß wieder andere Zeiten kommen. Unsere Kollegen und der Verband werden das ihrige tun.

Singen a. H. (Baden). Am Sonntag, den 8. Juni, hielt das christliche Gewerkschaftsamt mit dem katholischen Arbeiterverein eine gemeinsame Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Kollege Arbeiterssekretär Witz-Singen sprach über „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die moderne Zeit“. Er legte das Verhältnis zwischen den konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften dar und streifte das Aufgabengebiet der Arbeitervereine und andererseits dasjenige der christlichen Gewerkschaften. Auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Metallarbeiter am hiesigen

Orte, besonders der der Fittingswerke, die am meisten Metallarbeiter beschäftigt, wurde eingehend Bezug genommen. Es wurde nachgewiesen, daß dort die Lohnverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig sind. — Wenn das Akkordwesen und das zu ungünstigen der Arbeiter ausgefallene Akkordsystem gerechelt werden soll, zugunsten der Arbeiterchaft, müssen sich die Metallarbeiter in den Fittingswerken noch in größerer Zahl dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. — Trotzdem erst kürzlich die Fittingswerke eine zehnprozentige Dividende ausgeschüttet, hätten sich die Löhne der Arbeiter verschlechtert. Der Referent stellte ferner fest, daß Metallarbeiter in den Fittingswerken teils so niedrig entlohnt seien, daß sie monatlich 44,20 Mark weniger als andere Arbeitskollegen im selben Alter in den hiesigen Maschinenwerken verdienen.

Referent streifte die Erwerbstätigkeit der Frau in der Fabrik und die Folgen hieraus, betonte besonders die Tatsache, daß es noch Arbeiterfamilien genug gebe, wo ohne Schuld des Mannes die Ehefrau und Mutter der Kinder gezwungen seien vom Hause erwerbstätig zu sein. Bezüglich der Erkrankung von häufigen Krankheiten bei Schulkindern sagte der Referent folgendes: „Es ist nicht richtig, wenn die „Sing. Nachr.“ in Nr. 109 vom 13. Mai diese Erkrankung ausschließt auf den starken Alkoholgenuss zurückzuführen. Zum Teil mag das zutreffen, man darf aber nicht übersehen, daß diese Erkrankung nicht zuletzt auch eine Folge der Unterernährung ist. In Unterernährung haben sehr viele Kinder der arbeitenden Bevölkerung zu leiden. Wenn ein Familienvater mit 18 bis 20 Mk. Wochenlohn nach Hause geschickt wird, so ist das auch leicht begreiflich.“

Der Vortrag hatte die wünschenswerte Stimmung für die Gewerkschaft, besonders für unseren christlichen Metallarbeiterverband ausgelöst. Eine größere Anzahl Neuaufnahmen für unseren christlichen Metallarbeiterverband konnten gemacht werden. Unter der Kollegenchaft besteht jetzt der feste unabwehrliche Wille, vom Koalitionsrecht den zweckmäßigsten Gebrauch zu machen. — Unsere Ortsgruppe muß sich bis zum Winterquartal mehr wie verdoppeln, damit werden die christlich organisierten Metallarbeiter in Singen ganz bestimmt Sorge tragen.

Neheim. Seit längerer Zeit herrschen in der Aluminiumfabrik F. W. Bröckelmann, Zustände, die uns zwingen, sie der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Ständige Akkordabzüge sind an der Tagesordnung und es vergeht fast keine Lohnperiode, wo nicht an dem einen oder anderen Artikel abgezogen wird. Der Unternehmer Windmühl ist anscheinend dazu angestellt worden, um die Akkorde auszuprobieren und herabzusetzen. Als früherer Arbeiter und „roter Gewerkschaftler“ war W. stets derjenige, welcher gegen jeden Abzug wetterte und ankämpfte. Und doch waren damals die Akkordlöhne entschieden besser gestellt wie heute. Jetzt als Unternehmer muß er sich, um im Genossenschaft zu reden: „Als Sanblanger des Kapitals betätigen, welches die Arbeiter ausbeutet.“ Wahrlich, eine wunderbare Situation für einen „freien“ Gewerkschaftler. Dieser ehemalige Gewerkschaftssozialist hat sich aber sehr schnell in die von den Genossen so sehr verpönten Mäßen der Scharfmacher eingelebt. Einem Arbeiter, der sich über die schlechten Akkordlöhne beschwerte, erwiderte Meister W.: „Wenn ich ihnen sage, es gibt nicht mehr, dann bleibt es dabei.“ Als der Arbeiter nach Einwendungen machen wollte, wurde er barsch angefahren und gekündigt; in „echter Brüderlichkeit“ sagte W. hinzu: „Wenn sie noch ein Wort sagen, so fliegen sie sofort hinaus.“ Auf die Umgangsformen im roten Zukunftsstaat kann sich nach diesem Bröckelmann jeder selbst seine Melodie machen.

In ähnlicher Weise werden die Arbeiter auch von den anderen Betriebsbeamteten abgefertigt. Diese letzteren gehören sämtlich der Familie Klosterhoff an. Friedrich Klosterhoff ist Betriebsleiter und anscheinend „Herr von ganz“. Nach den Aussagen des Herrn Betriebsleiters hat der Inhaber Herr Fr. Bröckelmann im Betriebe nichts zu sagen. Ja einem Arbeiter, der es wagte, den Namen des Herrn Bröckelmann im Betriebe auszusprechen, wurde mit sofortiger Entlassung gedroht. Ernst Klosterhoff ist Werksmeister. Heinrich Klosterhoff ebenfalls. Letzterer ist, nebenbei bemerkt, erst 22 Jahre alt und doch schon Meister. Der vierte Bruder Otto Klosterhoff waltet als Bürochef. Der Schwager Muchhoff und der Stiefvater Hof schließen endlich den Reigen als Versand- und Lagermeister. Ein „Familienbetrieb“, im wahren Sinne des Wortes, ist also hier vorhanden. Ja, man behauptet in Neheim, wenn die Familie Klosterhoff noch mehr männliche Mitglieder zählte, würden diese ebenfalls bei der Firma F. W. Bröckelmann eine gehobene Stellung einnehmen. Wie dem auch sei, die Firma kann es sich leisten. Herr Friedrich Klosterhoff versichert nämlich jedem, der es hören will, daß im vorigen Jahre ganz brillant abgeschrieben worden sei. Im Betriebe wird aber den Arbeitern gegenüber stets erklärt, die Akkordlöhne müßten wegen der Konkurrenz immer mehr herabgesetzt werden. Anscheinend wegen des guten Geschäftsganges wurde im vorigen Jahre auch ein „Fabrikfest“ gefeiert.

Deshalb in Neheim an sportlichen Vereinen sicher kein Mangel ist, so wurde vor längerer Zeit vom Herrn Klosterhoff doch noch ein Wandervogel für die Arbeiter des Betriebes gegründet. Dieser „Wandervogel“, wie er heißt, hat ein merkwürdiges „gelbes“ Gefieder. Die verschiedenartigen Vorträge dieses Vereins werden den Arbeitern der Firma von den Brüdern Klosterhoff bei jeder Gelegenheit klar gemacht. In letzter Zeit wurden sogar verschiedentlich den jugendlichen Arbeitern die „Klubbeiträge“ bei der Lohnzahlung abgezogen. Unzulässige verschiedener Art, zu Fuß, per Bahn und sogar per Möbelwagen sind die vielgepriesenen Vorträge dieses „Wandervogels“. Den Teilnehmern wird beim Abholen das Recht gesichert von der Firma zur Verfügung gestellt. „Freiheit“ gibt es selbstverständlich auch. Der Öffentlichkeit soll durch derartige Veranstaltungen das gute Verhältnis, welches zwischen der Firma und ihren Arbeitern besteht, bekannt gegeben werden. Leider hat dies gute Verhältnis für die Arbeiter im Betriebe ein ganz anderes Aussehen. Hohe Strafen werden verhängt bei den kleinsten Vergehen. Fehlen bei der Arbeit kostet für jeden halben Tag 2 Mark Schadenersatz. Ob die Höhe dieses Schadenersatzes der Wirklichkeit entspricht, wissen wir nicht. Oder sollte die Firma an jedem Arbeiter pro Tag 4 Mark „verdienen“? Dann muß ja jährlich ein schöner Geschäftsgewinn zu verzeichnen sein. Unberechtigter Lohnabzug sind aber auch dann aus „Konkurrenzrücksichten“ überlässig. Am Dienstag wird auch von Herrn Fr. Klosterhoff renommierter über die „Erziehung“, welche er den Arbeitern angedeihen lasse. Besser wäre es jedenfalls, wenn der Herr Betriebsleiter dafür sorgte, daß den Arbeitern geeignete Ankleideräume zur Verfügung ständen. Gegenwärtig geschieht das Umkleien der Arbeiter in den Arbeitsstätten, welche teilweise zur selben Zeit von den Arbeiterinnen passiert werden müssen. Auch kommt es öfters vor, daß die Besten über die geistliche Zeit hinaus im Betriebe beschäftigt werden. Hoffentlich sieht die Aufsichtsbehörde einmal nach dem Rechten.

Für diesesmal wollen wir von weiteren Erörterungen Abstand nehmen. Wenn notwendig, werden wir auch nicht säumen, noch andere Dinge der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der Vertriebsinhaber Herr Bröckmann scheint von den Zuständen innerhalb des Betriebes auf dem nichts zu wissen. Andererseits wäre es unbegreiflich, daß Herr Bröckmann, der von den Arbeitern allseitig geschätzt wird, derartige Zustände duldet.

Die Arbeiter aber möchten wir ersuchen, sich vollständig dem christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen. Dort werden die Rechte der Arbeiterschaft voll und ganz vertreten. In dem „gelben Wandervogel“ ist für die Arbeiter kein Heil zu holen. Nur eine aufrechte und selbstbewußte Arbeiterschaft ist in der Lage ihre Rechte und eine selbständige Behandlung sich zu sichern.

Duisburg-Großenbaum. In der Abjuration (Nr. 24) des „Kriegsverf.“ des Hainrich Werles beabsichtigen die Arbeiter eine Regelung der Arbeitspreise herbeizuführen. Die Arbeiter waren zum Teil in unserem Verbande organisiert und zum Teil bei den Hirschen. Alle Bemühungen um einen friedlichen Ausgleich waren vergebens und sollte deswegen die Abjuration eingereicht werden. Doch da zeigte sich, daß der schmächtige Stollberger Treubruch der Hirsch-Dunderschen auf der ganzen Linie Schule gemacht hat. Von den in Großenbaum bestellten Hirschen reichten 50 Prozent die Kündigung nicht ein. Von vornherein war also die bitter notwendige Einigkeit der Arbeiter durch die Hirsche durchbrochen. Am letzten Tage vor Ablauf der Kündigungszeit hatten die Hirsche bis auf einen einzigen ihre Kündigung zurückgenommen, waren also ebenfalls zusammengeknickt. Daß unter diesen Umständen die Bewegung verpöblicht war, ist jedem, der gerade kein gewerkschaftlicher Neuling ist, sonnenklar.

Jetzt kommt der „Regulator“ (Nr. 24) her und bringt aus einer angeblich „eingehenden Schilderung“ über die Bewegung einen Auszug, der ein Meisterwerk von Geschäftigkeit und Verlogenheit darstellt. Es wird behauptet, die Bewegung sei von uns inszeniert worden, um Mitglieder zu fangen, ferner sollen wir hinter dem Rücken der H.-D. Verhandlungen anzuknüpfen versucht haben und endlich hätte unser Verbandsvertreter unsere Mitglieder zur Zurücknahme der Kündigung aufgefordert. Demgegenüber erklären wir, daß es uns nicht im Traum einfällt, Bewegungen zu inszenieren um Mitglieder zu fangen. Die Bewegung war nötig, weil die Arbeits-Verhältnisse reformbedürftig waren. Wollten die Hirsche das etwa bestreiten? Dann heraus mit der Sprache! Die Behauptung, unser Vertreter hätte hinter dem Rücken der H.-D. Verhandlungen herbeizuführen versucht, hätte der „Regulator“ in seinem eigenen Interesse besser unterlassen. Nachdem von den ganzen Hirsch-Dunderschen nur noch einer in Frage kam, während alle anderen ungefallen waren, konnten sie da wirklich noch verlangen, daß man sie noch zu irgend etwas hinzuzog? Außer den H.-D. wird das niemand glauben! Die dritte Behauptung im „Regulator“ ist glatt erlogen, deswegen ist es unnötig darauf einzugehen. Im übrigen haben die Hirsch-Dunderschen seit ihrem Stollberger Treubruch bei der denkenden Arbeiterschaft jeden Kredit verloren.

Stuttgart. Mit der Bauhofsloßerbewegung besetzte sich am 21. Juni eine gut besuchte Versammlung unserer Ortsgruppe. Der Referent gab zuerst ein Bild der Gestaltung der Tarifverhältnisse im Bauhofsloßergewerbe Stuttgarts seit dem Jahre 1911. Damals weigerte sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in gleicher Weise wie 1913, mit dem christlichen Metallarbeiterverband gemeinsam zu verhandeln. Die Folge war die, daß der christliche Verband gezwungen war, selbständig vorzugehen und auf Grund von Verhandlungen einen eigenen Tarif abzuschließen. Damit war für die nichtsozialdemokratisch organisierten Arbeiter die Tarifbewegung beendet. Während nun vordem der sozialdemokratische Verband verkündete, es wäre ihm gleichgültig, was der christliche Verband mache und ihn überall auszuscheiden versuchte, verlangten die sozialdemokratischen Führer als ihr Verband in Streit trat, der christliche Metallarbeiterverband solle diesen Streit anerkennen. Da aber die christlich organisierten Bauhofsloßer schon ein tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis hatten, konnten sie keinen Streit mehr anerkennen. Wenn das den sozialdemokratisch organisierten Bauhofsloßern gegen den Streik ging, so mußten sie sich an ihre Führer wenden, die dies dadurch verschuldeten, daß sie Parität und Gleichberechtigung mit Füßen traten. Seit 1. April 1913 arbeiten nun die Bauhofsloßer Stuttgarts tariflos. Verhandlungen kommen — weil die soziald. Verhandlungsleitung genau wie 1911 — die Tarifverträge statt zu einer reinen Frage der Regelung des Arbeitsverhältnisses, zu einer soziald. Machfrage gestaltet hat, nicht zustande. Während die Schlossermeister aus Gründen der Gerechtigkeit und Ordnung verlangen, daß mit beiden Organisationen gemeinsam verhandelt und ein Tarif abgeschlossen wird, verlangt der soziald. Verband immer noch die Ausschließung des christl. Metallarbeiterverbandes. Die Arbeitgeber sind hier mehr als die Sozialdemokraten für eine Abkehr von der Minorität und eines freien Koalitionsrechtes. Die Leitung des soziald. Metallarbeiterverbandes hat nun — nachdem die von Herrn Gemeinderat Klein angebahnten Ausgleichsverhandlungen durch die Intoleranz der soziald. Führer sich zerlegt haben — in einer Versammlung am 13. Juni erneut eine Resolution zur Annahme gebracht, in der es u. a. heißt: „Dem Verlangen der Innung, mit den Vertretern der Christlichen gemeinsam zu verhandeln, kann die Versammlung aus den schon früher angeführten Gründen nicht zustimmen.“

Zur Charakterisierung der Auffassung der Leitung des soziald. Verbandes verdient noch hervorgehoben zu werden, daß diese an die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes um gemeinsame Verhandlungen herbeizuführen das Verlangen stellte, die Beamten des christlichen Metallarbeiterverbandes Gengler und Kollratz sollten unterschreiben mit Verbandsstempel versehen, eine vom soziald. Verband vorgelegte Erklärung unterschreiben, worin die beiden Kollegen über ihre Haltung beim Bauhofsloßstreik 1911 ihr Bedauern ausdrücken sollten. Diese Zumutung wurde selbst in Genossenschaften mit der gebührenden Heftigkeit aufgenommen.

Wenn nun die Stuttgarter Bauhofsloßer ohne geregelte Arbeitsverhältnisse arbeiten müssen, Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifies nicht zustande kommen, so trägt nur der soziald. Verband die Schuld daran, der die Tariffrage zu einer Verbandsmachfrage stempelt. Daß die Angehörigen letzteren Verbandes im Ernst die Auffassung hatten, die Beamten des

christlichen Verbandes würden eine solche Erklärung unterschreiben, glauben wir selbst nicht. Kollege Gengler hatte überdies mit der Schlosserbewegung 1911 fast nichts zu tun, da er während derselben nur wenige Stunden in Stuttgart war, um die Angelegenheit eines Mitgliedes zu regeln. Zur jetzigen Stellung des christlichen Metallarbeiterverbandes bemerkte der Referent, daß dieser im Interesse der Geschlossenheit und des Wohlergehens der Arbeiter, im Gegensatz zum soziald. Verband das Arbeiterinteresse über das Parteinteresse stelle. Die Bewegungen in den anderen Tarifstädten, wo beide Verbände und teilweise auch die gleichen Führer zusammen gearbeitet haben, haben bewiesen, daß bei einigem Willen eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten auch möglich ist. Auf die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine lebhafte Diskussion und zum Schluß die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die heutige Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Stuttgart spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß durch das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bis jetzt Verhandlungen über den Neuabschluß eines Tarifvertrages im Bauhofsloßergewerbe nicht zustande kamen. Die Versammlung erblickt in diesem Zustand eine Schädigung der Interessen der beteiligten Arbeiter. Das Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes muß umso mehr bestreben, als in anderen Städten es gelungen ist, in gemeinsamen Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisationen mit gutem Erfolg für die Arbeiterschaft Tarifverträge abzuschließen. Der christliche Metallarbeiterverband ist nach wie vor auf dem Boden der gegenseitigen Anerkennung zu gemeinsamen Verhandlungen bereit und wünscht, daß durch eine baldige Verständigung solche zustande kommen, um auch den Arbeitern und dem Stuttgarter Bauhofsloßergewerbe wieder geregelte Arbeits- und Lohnverhältnisse zu geben.“

Unsere Kollegen in Stuttgart sind fest gewillt, ihre Sache und die Ehre des Verbandes auch gegenüber den roten Macht- und Terrorgeboten mit aller Energie zu vertreten. Die christlich organisierten Bauhofsloßer in Stuttgart lehnen es ab, sich von den Genossen bevormunden zu lassen. Sie vertreten den Grundgedanken „gleiches Recht“ für alle. Sie werden zur Stelle sein, wenn es gilt einen Kampf gegen Verschlechterungen zu führen, wie sie in gleicher Weise bereit sind, in ehrlicher und solidarischer Weise mit allen mitzuarbeiten, die in gleich ehrlicher Weise für eine Hebung der Lage der Arbeiterschaft einzutreten gewillt sind. Ohne Solidarität aber keine Gegenolidarität. Wir sind überzeugt, daß in einem solchen Kampfe um Recht, Freiheit und Besserstellung unserer Kollegen in Stuttgart die Sympathie der Öffentlichkeit beizubringen. Den Kollegen in Stuttgart wird aber die Wichtigkeit der Vertretung ihrer eigenen Interessen ein Ansporn sein zur vollständigen persönlichen Mitarbeit im Verband, dem Versammlungsleben und der Arbeit. Alle Mann an Bord heißt es jetzt, bleibe keiner zurück, wenn nicht unsere Sache Schaden erleiden soll.

Balanz O.-Zahl. (S. 10 Berlin) terrorisiert. Wie wir in Nr. 23 berichteten, hatten, hatte uns der hiesige Herr Amtsvorstand durch eine Verfügung an den Lokalinhhaber die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unzulässig gemacht. Der Wirt stellte uns daher sein Lokal zur Verfügung für eine Mitgliederversammlung am 8. Juni. Daß es sollte anders kommen. Diesesmal war es aber nicht der Herr Amtsvorstand, sondern „Sig Berlin“, der alle Mienen darlegte, um das Stattfinden einer christlichen Gewerkschaftsversammlung in Salenze zu verhindern.

Am Sonnabend, den 7. Juni, teilte uns der Wirt telefonisch mit, daß er keine Zulage zurückziehen müsse, weil der „Berliner“ Arbeiterverein eine Versammlung abhalten wollte. Dieser ginge vor, weil es dessen Vereinslokal sei. Diese angebliche Versammlung war aber nur eine Ausrede, wie sich herausstellte. Als wir den Wirt persönlich zur Rede stellten, erklärte dieser nach einigem Hin und Her, ihm sei durch eine „Deputation“ vom Wirtamt ein in Berlin verfertigtes Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt worden, durch das er unterschreiben habe versprochen, daß er sein Lokal den christlichen Gewerkschaften nicht mehr hergeben würde, andernfalls der „Berliner“ Verein ausziehe.

Der Wirt gab uns den Rat, den Herrn Wirtar um die Erklärung zu ersuchen, daß er (der Wirtar) nichts gegen die Herangebe des Lokales einzulenden habe. Weil der Herr Wirtar am Sonnabend persönlich nicht zu erreichen war, setzten wir uns Sonntags telefonisch mit ihm in Verbindung. Die uns zu Teil gewordene Antwort wollen wir vorläufig noch nicht veröffentlichten, sondern nur feststellen, daß der Versuch erfolglos verlief: „Sig Berlin“ hat uns also das Lokal abgegriffen, wir fragen: Ist das kein Terrorismus?

Tzwohl, das ist Terrorismus und zwar von denselben Leuten, welche die Enzyklika „Singulari Quadam“ immer im Munde führen und in der es u. a. auch heißt:

„Alle, die sich als Einzelversionen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen... müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe fördern.“

Es ist sonnenklar, daß die „Berliner“ in Salenze vorstehenden Grundjatz nicht nur ignorieren sondern ihn „wissenschaftlich“ und „vorsätzlich“ mit Füßen getreten haben.

Wir werden Sorge tragen, daß das überall bekannt wird.

Briefkasten

H. in A. und verschiedene andere. Es ist selbstverständlich, daß allen Anträgen um Verhängung der Sperre, Warnung vor Zugzug etc. im Verbandsorgan eine Begründung und Schilderung des Sachverhaltes beigegeben sein muß. Auf die einfache latonische Mitteilung hin, da und dort sind Differenzen ausgebrochen, können wir uns nicht einlassen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch noch darauf hingewiesen, daß von jeder beantragten Bewegung sofort eine Mitteilung an uns gelangen muß, in welcher der Ausgang der Bewegung ersichtlich ist.

M. in Menden. Deine Anzeigen für die Sterbetafel enthalten nicht das Sterbedatum, solange dieses nicht vorliegt, müssen wir von einer Veröffentlichung Abstand nehmen.

Bei dieser Gelegenheit sei zum 10. und 11. Juli darauf aufmerksam gemacht, daß in den für die Sterbetafel bestimmten Anzeigen angegeben sein muß: Name, Beruf, Todes-tag und Ursache.

Nach Stuttgart. Die beiden Berichte trafen erst am Dienstag morgen hier ein. Wie du siehst konnte nur einer Aufnahme finden, und auch der nur mit knapper Not. Also nächstens etwas früher.

Sterbetafel.



Böhrenbach. Am 11. Juni starb unser Kollege Trübschler an einer Lungenentzündung im Alter von 72 Jahren.

Mülheim-Rhein. Unser Kollege Rüdgershäuser am 14. Juni im Alter von 18 Jahren tödlich verunglückt.

Pforzheim. Unsere Kollegin Anna Katharina Reili Hilfsarbeiterin in Erfingen, starb am 17. Juni 1913 im Alter von 21 Jahren an einem Lungenleiden.

Dortmund-Homburg. Am 15. Juni starb unser Kollege Franz Schopinski an Blutsturz im Alter von 20 Jahren.

Eilendorf. Unser langjähriger rühriger Vertrauensmann der Kollege Heinz Kaiser starb am 17. Juni im Alter von 35 Jahren an Magenkrebs.

Stolberg-Gschweiler. Am 17. Juni starb unser Kollege Wilh. Zellmann im Alter von 50 Jahren an einer Lungenentzündung.

Nachen. Am 18. Juni verschied unser treuer Kollege Leonhard Kell an den Folgen eines Unfalles im Alter von 19 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 28. Juni.

Barmen. Abends 9 Uhr bei Lindermann, Oberbörnerstr. 69.

Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schulz Festhalle, Am Königsgraben 14.

Dortmund 2. Abends 8.30 Uhr bei Kleinburg, Westermärkstr. 1.

Düsseldorf-Rathen. Abends 9 Uhr bei Kürten, Bechmerstraße.

Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Weinmüllers Hof.

Hamburg. Jeden 2. und 4. Sonnabend in Wilhelms Gesellschaftshaus, Kohlhöfen 27.

Heilbrunn 1. Bezirk. Abends 8.30 Uhr bei Strudenbaum früher Westermann, Dillstraße.

Neuburg. Abends 8.30 Uhr bei Weinhaus, Wilhelmstr. 30.

Nürnberg-Chrenfeld. Abends 8.30 Uhr bei Wittkamp, Westertstraße.

Köln-Stadt. Abends 9 Uhr im Restaurant „Zur Rathhausmühle“ Neumarkt 18.

Stuttgart-Ludwigsburg. Abends 6 Uhr bei Weinmann.

Wuppertal. Abends 8 Uhr im Lokale Endres, Gerrengasse.

Sonntag, den 29. Juni.

Buchholz. Abends 8 Uhr bei Kupper, Dillfelderstraße.

Dortmund-Schüren. Vorm. 11 Uhr bei Weinhövel.

Dortmund-Schwerte. Vorm. 11 Uhr bei Korbach, Bahnhofstraße.

Duisburg-Beck. Vorm. 11 Uhr bei Finner, Katterstraße.

Duisburg. Vorm. 10.30 Uhr im Burgard, Köhnenstraße. Vertrauensmännerkonferenz.

Düsseldorf-Oberbilk. Vorm. 11 Uhr bei Mälgel, Ellerstr. 182.

Heilbrunn-Schaff. Morgens 11 Uhr bei Wegener.

Glückbeck. Nachm. 3.30 Uhr bei Nordpott (Christl.), Gewerkschaftshaus.

Karlruhe. Morgens 11 Uhr Vorstands- und Vertrauensmännerkonferenz im Palmengarten.

Heilbrunn 6. Bezirk. Vorm. 11 Uhr bei Wolf, Gochstraße.

Nürnberg. Abends 8 Uhr bei Schlegel, zum „Stern“.

Wuppertal. Morgens 11 Uhr bei Kammeling, Westertstr. 187.

Donnerstag, den 3. Juli.

Danzig-Langfuhr. Abends 8 Uhr in der Flora.

Samstag, den 5. Juli.

Berlin-Moabit. Bei Maberast, Gogomaststr. 38.

Boel-Kabel. Abends 8.30 Uhr bei Joh. Schürmann, Hagenerstraße.

Duisburg-Meiderich. Abends 8.30 Uhr bei Kleine Raitland, Unter den Linden.

Eisenach. Abends 8.30 Uhr bei Herkenrath, Klogbach.

Freiburg i. B. Abends 8.30 Uhr im Gantenbräu, Schiffstr. 7.

Göppingen. Abends 6 Uhr im Restaurant Germania.

Karlruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmengarten.

Köln-Kalk. Abends 8.30 Uhr bei Königshagen, Breuerstr. 14.

Nürnberg. Abends 8.30 Uhr im Gesellschaftshaus.

Oldenburg. Abends 8.30 Uhr bei Gottfr. Schmitz.

Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen Adlig, Holzstr. 3.

Wetterhauer-Vogelsang. Abends 8.30 Uhr bei Wüschgenborn, Ennepferstraße.

Sonntag, den 6. Juli.

Altenhagen. Vorm. 11 Uhr bei Aug. Steinhaus, Boelstr. 1.

Belheim. Jeden 1. Sonntag im Monat Versammlung abwechselnd im „Hirsch“ und „Kreuz“.

Berlin-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr im Deutschen Gärtnerheim, Sietalauerstr. 53.

Bonn. Morgens 10 Uhr bei Witz, Wilhelmstraße.

Duisburg-Laar. Vorm. 11.30 Uhr bei Janßen, Katterstraße.

Duisburg-Obermeiderich. Vorm. 11 Uhr im Zuchlag, Eisen-Strasserstraße.

Hannau. Im Restaurant zum Brautstübchen, Gärtnerstraße.

Heidenheim. Vorm. 10 Uhr in der Harmonie.

Karlruhe-Darlsanden. Nachm. 3.30 Uhr im Hirsch.

Karlruhe-Ettlingen. Vorm. 10 Uhr Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung im „Wilden Mann“.

Köln-Wingert. Morgens 11 Uhr bei Heine, Ditz, Ostheimerstraße.

M. Gladbach-Süchteln. Morgens 10 Uhr bei Porta.

Porz-Neubach. Nachm. 5 Uhr bei Demmer in Urbach.

Rath-Neumar. Morgens 10.30 Uhr bei Klein.

Schalksmühle. Nachm. 5 Uhr bei W. Wedder, Halverstraße.

Schmelm. Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofstraße.

Siegburg. Morgens 11 Uhr bei Menoriten, Kronprinzeneustraße.

Striebeck. Morgens 11 Uhr bei Landwehr, Holtenstr. 1.

Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Meerkaufstraße.

Troisdorf-Sieglar. Morgens 11 Uhr bei Klein in Sieglar.

Dienstag, den 8. Juli.

Danzig-Laental. Abends 8 Uhr bei Möller.

Donnerstag, den 10. Juli.

Wuppertal. Abends 8.30 Uhr Vorstands- u. Vertrauensmännerkonferenz im Lokal Unter Nr. 20.

Danzig-Ohra. Abends 8 Uhr bei Behomski.

Karlruhe-Ettlingen. Abends 8 Uhr mit Vortrag im „Wilden Mann“.

Kartellsekretär

Für das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften Bochum-Gelsenkirchen gesucht. Reflektiert wird nur auf solche Kraft, die mit allen Fragen auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung vertraut, wie agitatorisch längere Zeit erfolgreich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung mitgearbeitet hat. Bewerbungen, denen ein kurzer Lebenslauf, sowie ein Aufsatze über die Tätigkeit eines Kartellbeamten beigelegt sein müssen, sind unter der Bezeichnung K. B. an den Kartellsekretär Ludwig Kitz, Wattenberg (Westf.), Dillstraße 32 bis zum 4. Juli einzusenden.

Gesellschaftsempfehlung.

Der unterzeichnete inwieweit gewordene Verbandskollege hat ein Verbandsgefäß in Solinger Stahlwaren errichtet und bietet nun gütigen Zulpruch. Es empfiehlt Haarschneidemaschinen, Rasiermesser und Apparate mit Aufstellungen und Abzugsmaschinen sowie Messer, Scheren, Gabeln, Gabel, Bestecke etc. in allen Preislagen. Für jedes Stück wird Garantie geleistet.

Johann Müller, Obilg, Talsr. 20.